

Herrmann, Ulrich

"Die Herausgeber müssen sich äußern". Die "Staatsumwälzung" im Frühjahr 1933 und die Stellungnahmen von Eduard Spranger, Wilhelm Flitner und Hans Freyer in der Zeitschrift "Die Erziehung". Mit einer Dokumentation

Pädagogik und Nationalsozialismus. Weinheim ; Basel : Beltz 1988, S. 281-325. - (Zeitschrift für Pädagogik, Beiheft; 22)



Quellenangabe/ Reference:

Herrmann, Ulrich: "Die Herausgeber müssen sich äußern". Die "Staatsumwälzung" im Frühjahr 1933 und die Stellungnahmen von Eduard Spranger, Wilhelm Flitner und Hans Freyer in der Zeitschrift "Die Erziehung". Mit einer Dokumentation - In: Pädagogik und Nationalsozialismus. Weinheim ; Basel : Beltz 1988, S. 281-325 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-220621 - DOI: 10.25656/01:22062

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-220621>

<https://doi.org/10.25656/01:22062>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Zeitschrift für Pädagogik

22. Beiheft

Zeitschrift für Pädagogik

22. Beiheft

Pädagogik und Nationalsozialismus

Herausgegeben von
Ulrich Herrmann und Jürgen Oelkers

Beltz Verlag · Weinheim und Basel 1988

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek
Pädagogik und Nationalsozialismus / hrsg. von Ulrich
Herrmann u. Jürgen Oelkers. – Weinheim ; Basel : Beltz, 1988
(Zeitschrift für Pädagogik : Beiheft ; 22)
ISBN 3-407-41122-7
NE: Herrmann, Ulrich [Hrsg.]; Zeitschrift für Pädagogik / Beiheft

Die in der Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen werden.

Auch die Rechte der Wiedergabe durch Vortrag, Funk- und Fernsehendung, im Magnettonverfahren oder ähnlichem Wege bleiben vorbehalten.

Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede im Bereich eines gewerblichen Unternehmens hergestellte oder benutzte Kopie dient gewerblichen Zwecken gem. § 54 (2) UrhG und verpflichtet zur Gebührenzahlung an die VG WORT, Abteilung Wissenschaft, Goethestr. 49, 8000 München 2, von der die einzelnen Zahlungsmodalitäten zu erfragen sind.

© 1988 Beltz Verlag · Weinheim und Basel
Gesamtherstellung: Druckhaus Beltz, 6944 Hemsbach über Weinheim
Printed in Germany
ISSN 0514-2717

ISBN 3 407 41122 7

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
ULRICH HERRMANN/JÜRGEN OELKERS	
Zur Einführung in die Thematik „Pädagogik und Nationalsozialismus“ . . .	9
 I. „Nationalsozialistische Pädagogik“ – Konzept und Forschungsstand	
GISELA MILLER-KIPP	
Die ausgebeutete Tradition, die ideologische Revolution und der pädagogische Mythos. Versuche und Schwierigkeiten, „nationalsozialistische Pädagogik“ zu begreifen und historisch einzuordnen	21
PETER MENCK	
Pädagogik in Deutschland zwischen 1933 und 1945. Überlegungen zur Aneignung einer verdrängten Tradition	39
HEINZ-ELMAR TENORTH	
Wissenschaftliche Pädagogik im nationalsozialistischen Deutschland. Zum Stand ihrer Erforschung	53
 II. Traditionen – Anbahnungen und Aneignungen	
HUBERT STEINHAUS	
Blut und Schicksal. Die Zerstörung der pädagogischen Vernunft in den geschichtsphilosophischen Mythen des Wilhelminischen Deutschlands . . .	87
JÜRGEN REYER	
„Rassenhygiene“ und „Eugenik“ im Kaiserreich und in der Weimarer Republik: Pflege der „Volksgesundheit“ oder Sozialrassismus?	113
SIEGLIND ELLGER-RÜTTGARDT	
Hilfsschulpädagogik und Nationalsozialismus – Traditionen, Kontinuitäten, Einbrüche. Zur Berufsideologie der Hilfsschullehrerschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik	147

HAJO BERNETT

Das Kraftpotential der Nation. Leibeserziehung im Dienst der politischen Macht	167
--	-----

III. Ambivalenzen – Reformpädagogik und Nationalsozialismus

JÜRGEN OELKERS

Pädagogischer Liberalismus und nationale Gemeinschaft. Zur politischen Ambivalenz der „Reformpädagogik“ in Deutschland vor 1914	195
---	-----

HARALD SCHOLTZ

Pädagogische Reformpraxis im Sog einer totalitären Bewegung. Versuche zur Anpassung und Instrumentalisierung	221
--	-----

JÜRGEN REULECKE

„... und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben!“ Der Weg in die „Staatsjugend“ von der Weimarer Republik zur NS-Zeit	243
--	-----

IV. 1932/33 – Irritationen, Stellungnahmen, Orientierungsversuche

HEINZ-ELMAR TENORTH

Einfügung und Formierung, Bildung und Erziehung. Positionelle Differenzen in pädagogischen Argumentationen um 1933	259
--	-----

ULRICH HERRMANN

„Die Herausgeber müssen sich äußern“. Die „Staatsumwälzung“ im Frühjahr 1933 und die Stellungnahmen von EDUARD SPRANGER, WILHELM FLITNER und HANS FREYER in der Zeitschrift „Die Erziehung“. Mit einer Dokumentation	281
--	-----

JOH.-CHRISTOPH VON BÜHLER

„Totalisierende Jugendkunde“ für den totalitären Staat. Die „Vierteljahrschrift/Zeitschrift für Jugendkunde“ zwischen 1931 und 1935	327
---	-----

Zu den Autoren dieses Bandes	345
--	-----

„Die Herausgeber müssen sich äußern“

Die „Staatsumwälzung“ im Frühjahr 1933 und die Stellungnahmen von EDUARD SPRANGER, WILHELM FLITNER und HANS FREYER in der Zeitschrift „Die Erziehung“. Mit einer Dokumentation

Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident PAUL VON HINDENBURG den Führer der NSDAP, ADOLF HITLER, zum Reichskanzler. GOEBBELS notierte am Abend dieses Tages: „Die große Entscheidung ist gefallen. Deutschland steht vor seiner historischen Wende . . . Wir sind am Ziel. Die deutsche Revolution beginnt!“ (GOEBBELS 1934, S. 254) Am 1. Februar wurden der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen für Anfang März anberaumt. Am 27. Februar ging das Gebäude des Reichstags in Flammen auf, am Tag darauf setzte die „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat“ wichtige Grundrechte außer Kraft. Die Wahlen vom 5. März 1933 fanden nicht mehr unter den Bedingungen freier Wahlen statt; ihr Ergebnis: die NSDAP und die völkische „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ (Deutschnationale und der „Stahlhelm“) erreichten mit 52% der Stimmen eine knappe absolute Mehrheit. Der 21. März war dann der „Tag von Potsdam“: Personifiziert durch HINDENBURG und HITLER, sollte sich – so die beabsichtigte und weitgehend erreichte Wirkung der Feierstunde in der Potsdamer Garnisonkirche, über dem Grabe FRIEDRICHS DES GROSSEN! – die Versöhnung des konservativen ‚alten‘ Preußen-Deutschland mit dem nationalsozialistischen ‚neuen‘ Deutschland vollziehen. Am 24. März 1933 trat das „Ermächtigungsgesetz“ in Kraft („Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“), das die Reichsregierung ermächtigte, abweichend vom verfassungsmäßigen Verfahren und von der Verfassung abweichende Gesetze zu erlassen: Ausbau und Stabilisierung der NS-Herrschaft in Deutschland konnten ‚legal‘ beginnen. „Abgestimmt wird nicht mehr. Der Führer entscheidet.“ (GOEBBELS ebd., S. 302, Notiz vom 22. 4. 1933)

Am 27. März 1933 schrieb der Schriftleiter der Zeitschrift „Die Erziehung“¹, WILHELM FLITNER in Hamburg, einen längeren Brief an einen der Mitherausgeber der „Erziehung“, EDUARD SPRANGER in Berlin, mit dem FLITNER seit Gründung der Zeitschrift alle wichtigen laufenden redaktionellen und konzeptionellen Fragen der Zeitschrift zu besprechen und abzustimmen pflegte:

„Ich habe mich die letzten drei Tage sehr mit der Frage unseres April-Heftes gequält. Während ich den Umbruch las, wurde es mir ganz klar, daß wir mit einem solchen Heft das neue Halbjahr nicht eröffnen können.² Die Ereignisse des 5. und 21. März sind doch so aufwühlend für jeden Deutschen, daß er von einer Zeitschrift enttäuscht sein muß, die in einem solchen Augenblick nur mit Einschränkungen und Warnungen sich vernehmen läßt. Unsere Zeitschrift hat doch, wie ich glaube, für viele Pädagogen im Land die Funktion eines Seelenführers mit übernommen, wenn auch gegen ihre wissentliche³ Absicht. Ich habe nun mit dem Verlag gesprochen, der bereit ist, das Heft noch einmal umbrechen zu lassen, und ich möchte Sie bitten, doch ein paar Seiten oder Zeilen für den Anfang des Heftes zu schreiben.

Die Herausgeber müssen sich äußern, wenn nicht Mißverständnisse über unsere Haltung aufkommen sollen. Um auch meine Pflicht zu tun, habe ich mich gestern noch daran gemacht, einen kleinen Text aufzusetzen, den ich dem Ihrigen folgen lassen würde; ich hoffe, ihn heute abend an Sie schicken zu können.“⁴

SPRANGER entsprach FLITNERS Bitte; der Schriftleiter bedankte sich brieflich am 3. April:

„Mit Ihrem Manuskript bin ich nicht nur einverstanden, sondern sehr erfreut, daß ich so mit Ihnen gehen kann. Nur eine Bitte habe ich: den Namen ADOLF HITLERS aus dem Aufsatz fortzulassen und die Stelle auf der 4. Manuskriptseite, in der auch das Wort vom deutschen Frühling steht, zu ändern. Die Gründe, die mich zu dieser Bitte bewegen, sind religiöser Art; ich möchte mich mit Ihnen darüber einmal aussprechen, sie aber nicht im Brief erörtern. Die von Ihnen notierten Stellen in meinem Manuskript habe ich geändert und hoffentlich Ihren Sinn getroffen.“⁵

Das April-Heft des 8. Jahrgangs (1932/33) der „Erziehung“⁶ konnte also mit den Aufsätzen von SPRANGER („März 1933“, S. 401–408) und FLITNER („Die deutsche Erziehungslage nach dem 5. März 1933“, S. 408–416) eröffnet werden. Soweit bisher ersichtlich, waren die anderen Mitherausgeber der Zeitschrift – ALOYS FISCHER in München, THEODOR LITT in Leipzig und HERMAN NOHL in Göttingen – nicht um Stellungnahmen oder Kommentare gebeten worden.⁷

Im folgenden sollen kurz die bisherigen Äußerungen zur „Erziehung“ des Jahres 1933 rekapituliert werden (Kap. I); anschließend wird WILHELM FLITNERS Position anhand seiner Äußerungen in Verbindung mit den Abhandlungen von EDUARD SPRANGER und HANS FREYER⁸ herausgearbeitet und mit den Unterstellungen, Behauptungen und Schlußfolgerungen von RANG (1986) und KUPFFER (1984) über die (angebliche) pro-nationalsozialistische Grundhaltung dieses Vertreters ‚der‘ „Geisteswissenschaftlichen Pädagogik“⁹ verglichen (Kap. II); abschließend (Kap. III) wird der Diskussionsprozeß über die redaktionelle Arbeit, Gestaltung und Zukunft der „Erziehung“ im Herausgeberkreis und mit dem Verleger anhand ausgewählter Briefe dokumentiert.

I. „Die Erziehung“ im Frühjahr 1933

OTT hat in seiner Monographie über die „Erziehung“ (1971) Herausgeberkreis, Gründung und Programm der Zeitschrift umrissen, das Jahr 1933 als „einen tiefen Einschnitt“ (S. 7) *inhaltlich* jedoch nicht näher untersucht, sondern nur die personellen Konsequenzen in den folgenden Jahren bei Herausgebern und Schriftleitern aufgelistet. OTT teilt in seiner späteren Abhandlung (1982) einige Gründungsdokumente mit und weist darauf hin (S. 783), daß vom Oktober 1933 an – also mit Beginn des 9. Jahrgangs (1933/34) – die Mitteilungen und Beiträge unter der Rubrik „Die pädagogische Bewegung“ eingestellt wurden, und daß im Herausgeberkreis immer wieder die Frage neu zu entscheiden gewesen war, ob die Zeitschrift nicht besser eingestellt werden sollte, als sich immer neuen Pressionen und Kompromißzwängen auszusetzen. (Wie die noch unveröffentlichte Korrespondenz zwischen SPRANGER und FLITNER ausweist, war es regelmäßig SPRANGER, der für die Fortführung plädierte und sie dann schließlich als alleiniger Herausgeber, zusam-

men mit HANS WENKE als Schriftleiter, bis zum Ende der Zeitschrift mit dem Dezember/Januar-Heft 1942/43 fortführte.) In seiner zweiten Abhandlung zur Geschichte der „Erziehung“ hat OTT (1984) die Aufmerksamkeit darauf gelenkt (S. 621 f.), daß die „Erziehung“ in dem Moment ins Leben gerufen wurde, wo *erstens* die „Grenzen“ der nach 1919 hervorgetretenen (radikalen) reformpädagogischen Positionen diskutiert wurden; *zweitens* Ermüdung und Resignation bei allen jenen Erziehungs- und Schulreformern zu bemerken war, die besonders enttäuscht waren vom bildungspolitischen Versagen von Reich und Ländern (vgl. FÜHR ²1972, HERRMANN 1987); wo *drittens* eine Verengung des reformpädagogischen Gedankenkreises auf *Deutschtum* und *Deutschkunde* zu beobachten war (vgl. MÜLLER ²1987); und wo *viertens* die innenpolitische Polarisierung und Radikalisierung zu einer zunehmenden (partei-)politischen Vereinnahmung des Pädagogischen führte (dazu im ganzen die Hinweise von ERICH WENIGER 1926, zitiert bei OTT 1984, S. 621). Gegenüber diesen Tendenzen sollte die „Erziehung“ – so führte FLITNER in seinen „Leitsätzen“ vom Dezember 1924 aus (bei OTT 1982, S. 776 ff.) – die Pädagogik der Gegenwart als „eine pädagogische Erfahrung von besonderem Reichtum und besonderer Gegensätzlichkeit“ (!) in ihrem inneren Zusammenhang wissenschaftlich zu klären helfen: „die Isolierung der erzieherischen Theorie im Ganzen der Philosophie und der Geisteswissenschaften zu überwinden“, „für die Gedanken einer nationalen Bildung . . . ein allgemeineres Interesse zu wecken“ und die konfessionellen Unterschiede in der pädagogischen Theorie und Forschung vermindern zu helfen. Die „Erziehung“ sollte das *Eigenrecht des Pädagogischen* gegenüber dem Politischen, dem Konfessionellen usw. zum Ausdruck bringen und so dem *ganzen* Volk, Gesellschaft und Kultur *insgesamt* dienen. (Auf die *so* verstandene Orientierung am „Volksganzen“ und die damit zusammenhängende gesellschafts- und sozialpolitische Position der Zeitschrift wird unten zurückzukommen sein, auf FLITNERS Verständnis von *Volk, Gesellschaft* und *Kultur*.)

WILHELM FLITNER hat in seiner Selbstdarstellung von 1976 der „Erziehung“ nur wenige Zeilen gewidmet (S. 172, 187) und erst in seinen 1986 erschienenen „Erinnerungen“ die Geschichte der „Erziehung“ eingehender dargestellt (S. 318 ff., 367 ff.). Über das Jahr 1933 schreibt FLITNER dort (S. 368 f.):

„Das aufgewühlte Denken jener Tage des Umbruchs läßt sich schwer zu einem klaren Bild bringen. Es wurde deutlich, daß die bisherigen Lebensformen überwachsen würden, es eigentlich bereits waren. In der Wissenschaft nicht nur, sondern im ganzen Gefüge der ökonomischen und sozialen Welt werde und müsse sich Neues bilden; es sei nicht mehr möglich, zurückzukehren zu den politischen Formen eines abstrakten und individualistischen Liberalismus. Doch wenn man sich auch schaffend der Zukunft öffne, so schien es unserem Kreis der Herausgeber, so müßten gleichsam Pfähle in den sumpfigen Grund eingerammt bleiben, die das kulturelle und ethische Erbe um so kräftiger festhielten. Ohne diesen Grund sei von dem Neuen nichts Gutes zu erwarten.

In unseren ersten Heften nach dem Staatsstreich brachten wir diese Punkte gleichsam zu Protokoll. So hieß es in einem Aufsatz über ‚Die deutsche Erziehungslage nach dem 5. März 1933‘ [von WILHELM FLITNER selber] – gegen den Absolutheitsanspruch einer Einheitspartei gewendet –, daß dem Staat wohl eine konkret einheitliche Gesittung notwendig sei, aber er dürfe diese Einmütigkeit nicht durch ein staatlich verordnetes Denken anstreben. Das Gebot der Stunde sei, ‚die Erziehung nicht aus einer willkürlichen Programmatik heraus, sondern aus der einheitlichen Gesittung ziviler Staatsbürgerschaft‘ zu begründen. Man dürfe nicht von Staats wegen Einheit des Glaubens oder der Weltanschauung herbeiführen wollen. Je stärker

der Staat sei, um so mehr müsse er sich da zurückhalten, „wo wesensgemäß nicht der Staat, sondern andere Erziehungsmächte ihre selbstverantwortliche Mitgestaltung am Erziehungswerk durchführen müssen“. Ich schob diese Ausführungen in letzter Minute noch ein, weil mir der Eröffnungsaufsatz von EDUARD SPRANGER [„März 1933“], der die Wiederherstellung einer arbeitsfähigen Regierung begrüßte, in der Einschätzung des nun Möglichen verfehlt erschien. SPRANGER betonte in dem [zweiten–] „Aufbruch und Umbruch“ überschriebenen Beitrag die „Geistesfreiheit der Universitäten im deutschen Sinne und den religiösen Standpunkt der Gewissensentscheidung, der nicht als Individualismus gebrandmarkt werden dürfe“. HERTHA SIEMERING warnte vor dem Hegemonieanspruch der NS-Jugendorganisation. Sie verlangte selbständige Mitarbeit der anderen Jugendverbände bei der neuen Einrichtung des Arbeitsdienstes und in der Jungmädchenerziehung; die älteren Verbände könnten mit erfahrenen Erziehern arbeiten, während vor den neu eingesetzten Erziehern zu warnen sei, wenn sie die überlieferten Formen der alten Armee verwendeten. Und HERMAN NOHL, der seine Göttinger Studenten zur Mitarbeit an den neuen sozialpädagogischen Diensten ermunterte, warnte ebenfalls vor den pseudomilitärischen Praktiken einer einseitig auf Härte und Disziplin gerichteten Pädagogik.

Im ganzen spiegelt diese erste Heft¹⁰ nach der „Machtergreifung“ den Entschluß der Herausgeber, die Fortführung der Zeitschrift zu versuchen und der Staatsumwälzung eine positive Seite für das Erziehungswesen abzugewinnen; vor allem aber auch die Hoffnung, den neuen Machthabern noch ins Gewissen reden zu können. Erst nach und nach wurden wir uns der schlimmen Täuschung bewußt, der wir damit anheimgefallen waren.

Im nächsten Heft der Zeitschrift¹¹ erschienen dann zwei Aufsätze, die sich unmittelbar gegen die nationalsozialistischen Lehren wandten: MARTIN HAVENSTEINS Beitrag über „Autorität und Liberalität“ und THEODOR LITTS Vortrag über „Die Stellung der Geisteswissenschaften im nationalsozialistischen Staate“. Dieser Beitrag enthielt das unveränderte Manuskript für einen Vortrag, den LITT in München halten sollen und der in letzter Stunde verboten worden war.

Einen direkten Eingriff der Zensur gab es aber nicht; in der ganzen ersten Phase der Diktatur blieb die Schriftleitung unbehelligt. Wir fuhrten auch fort, „nicht-arische“ Autoren, wie das neue Vokabular lautete, in der Zeitschrift zu Wort kommen zu lassen. So haben CURT BONDY, EUGEN ROSENSTOCK, HANS WEIL und vor allem SERGIUS HESSEN weiter mitgearbeitet.“

Aus den eingangs zitierten Briefen geht hervor, daß die Artikel von SPRANGER und FLITNER in anderer Reihenfolge entstanden sind, als FLITNER sich erinnert. In der folgenden Korrespondenz hat FLITNER Vorbehalte gegen SPRANGERS Ausführungen brieflich nicht vorgebracht. Die weiter unten gegebene Textanalyse wird aber zeigen, daß FLITNER mit seinem im Druck erschienenen Aufsatz SPRANGER in der Sache strikt widersprach.¹²

Zuletzt hat sich RANG (1986) mit der „Erziehung“ im Jahre 1933 beschäftigt und zwar mit den Abhandlungen von SPRANGER und FLITNER. Beiden Autoren wird das „Ja, aber“, die „Zustimmung mit Vorbehalt“, die innere Unentschiedenheit ihrer Position, die Vagheit und Mehrdeutigkeit ihrer Formulierungen vorgehalten. Für RANG handelt es sich im Falle SPRANGERS um „das Grundmuster . . . der zwieschlächtigen faschistischen [sic!] Reaktion auf den Faschismus“ (S. 41), durch die Spranger seiner „profaschistischen [sic!] Option Ausdruck zu geben“ suchte (S. 42). Dieser Befund treffe auch auf FLITNER zu. Dessen Vorbehalte und Mahnungen sind für RANG nur „Selbstberuhigung“ (S. 45), aufgrund derer SPRANGER und FLITNER „die Zustimmung zum NS-Staat [sic!] im gleichen Maße leichter gefallen [ist], in welchem es ihnen gelang, Wunschbilder und Rechtfertigungen an die Stelle des Bildes und der Erfahrung (!) der Wirklichkeit zu setzen,

d. h. das Bild der neuen politischen Situation mit Wunschvorstellungen und Rationalisierungen so zu durchdringen, daß die anfängliche Distanz [sic!] und Beunruhigung überbrückt und schließlich aus dem bloßen Akzeptieren so etwas wie (wenn auch mit ‚Beklommenheit‘ gemischte) ‚Begeisterung‘ werden konnte.“ (S.46)¹³ FLITNER sei einer „idealisierend-überhöhenden Sicht des deutschen Faschismus“ und „einer verzerrten und diskriminierenden Erinnerung an die Weimarer Republik“ erlegen (S. 47), und deshalb habe er „die nationalsozialistische Machtergreifung in zweifacher Hinsicht als positiven qualitativen Sprung wahrgenommen“, so daß „FLITNER 1933 dem tausendjährigen Reich das liebste Kind der geisteswissenschaftlichen Pädagogik, die ‚pädagogische Bewegung‘ (d. h. ihre ‚Erfahrung‘ und ihren ‚Ertrag‘ . . .) als Erbstück und Vorläufer, als Mitgift und Korrektiv (!) angeboten hat.“ (S. 47)¹⁴ Auf dieser Linie sei es dann bei FLITNER auch zu einer Uminterpretation des Prinzips der „relativen pädagogischen Autonomie“ gekommen, die RANG (S. 48) mit FLITNER-Zitaten belegt, die den Eindruck erwecken sollen, als plädiere FLITNER nun im NS-Staat – im Gegensatz zu seiner Haltung vor 1933 – für die Unterordnung der Pädagogik unter die Politik.¹⁵

RANG bewegt sich auf der von KUPFFER (1984) vorgezeichneten Linie, die KUPFFER um so leichter im Brustton der Überzeugung vortragen konnte, je weniger er sich auf eine Textanalyse einließ (nämlich gar nicht). KUPFFER behauptet von der „Erziehung“, daß sei keine Distanz zum Nationalsozialismus habe, „weil sie selber von einer breiten präfaschistischen Strömung getragen wird“ (S. 149); sie bringe „eine Pädagogik zur Sprache, die bereits konstitutive Elemente des faschistischen Erziehungsdenkens enthält“ (ebd.); sie sähe „im Nationalsozialismus nur eine Fortsetzung der Pädagogik mit anderen Mitteln; sie hält ihn für eine Weiterführung ihres eigenen Strebens und für die Erfüllung ihrer Sehnsucht nach Gemeinschaft und Führertum“ (ebd.); sie glaube „an ein Menschenbild, dessen Verwirklichung man vom Faschismus erwartet“ (ebd.); sie sähe „im Faschismus keine Gefahr“ (ebd.) und: „Warnende Stimmen konnten sich hier gar nicht artikulieren.“ (S. 150)

Eine sorgfältige Reanalyse ist angesichts der Behauptungen und Schlußfolgerungen von RANG und KUPFFER dringend geboten. Dabei ist eine verfahrenstechnische Vorbemerkung nicht unwichtig: Im folgenden kann es bei der Analyse und Bewertung der Positionen von FLITNER, FREYER und SPRANGER nicht darum gehen, die politischen Positionen und Optionen dieser Autoren im ganzen bzw. in ihren verschiedenen Lebens- und Schaffensperioden darzustellen. Es geht ausschließlich um ihre Stellungnahmen im Jahre 1933 im Rahmen ihrer pädagogischen Publizistik in der „Erziehung“. Dies erlaubt dann auch den Vergleich mit RANGS „Momentaufnahme“ (1986, S. 35).

II. Die Positionen von SPRANGER, FLITNER und FREYER

1. EDUARD SPRANGER

Die „großen Ereignisse“ des März 1933 werden von SPRANGER nicht in ihrer i. e. S. politischen Bedeutung gewürdigt. FLITNER hatte um eine Stellungnahme gebeten, damit bei den Lesern der Zeitschrift „Mißverständnisse über unsere Haltung“ vermieden werden sollten: die Haltung gegenüber der neuen Regierung sowie der

nun zu erwartenden Neuordnung von Staat und Gesellschaft. Da die allgemeinen Zielsetzungen der neuen Machthaber bekannt waren und mit dem „Ermächtigungsgesetz“ das Ende verfassungsmäßiger rechtsstaatlich-demokratischer Verhältnisse gekommen war, mußte in der Tat gefragt und dargelegt werden, welche Konsequenzen sich daraus für die von den Herausgebern bisher vertretenen Positionen in der „Erziehung“ ergeben würden bzw. für das Verständnis einer ‚zeitgemäßen‘ Pädagogik.

Der *positive* Grundtenor von SPRANGERS Äußerung „März 1933“ besteht *erstens* in der Zustimmung zur völkisch-nationalen Bewegung als der Wiederherstellung „eines selbstbewußten Nationalgeistes“ (S. 402), eines „nationalen Willens“ im Erziehungswesen mit der Betonung des „Ideals des deutschen Menschen“, der „Deutschkunde“ und der „Deutschen Bildung“ (S. 401).

Die Betonung des „Deutschen“ ist für SPRANGER gleichbedeutend mit der Ablehnung (S. 401 f.) der „Weltanschauung“ des als „Auflösungserscheinungen“ charakterisierten Materialismus bzw. Marxismus und der westlichen rein „innerweltlichen“ Gesellschaftsordnung, die an „Wohlfahrt und Glückseligkeit“ orientiert sei; mit der Ablehnung der „Volksherrschaft“, die dem „Daseinsanspruch des einzelnen gerecht zu werden“ suche und darüber den „wahren Volkszusammenhang“ verliere; und zuletzt mit der Ablehnung der Psychoanalyse, die für die „geistige Volksgesundheit“ zerstörerisch und zersetzend gewirkt habe, „wenn sie den Menschen als ein Bündel von Trieben bloß naturhafter, sexuell-begehrlicher Art deutete.“ An die Stelle des Auflösenden, Nivellierenden, Zersetzenden und Individualistischen und an die Stelle der Prinzipien des demokratischen Sozialstaats rückt SPRANGER „die letzten Quellen aller Volkskraft: das Gefühl für die metaphysischen Wurzeln des Daseins, den christlichen Glauben an Gott und das demütige Bewußtsein, daß das wahre Leben nur durch Einsatz des Lebens für Göttliches und Mehr-als-Irdisches gewonnen werden kann.“ (S. 401)

Der *zweite* positive Aspekt (S. 204) der neuen Lage in Deutschland ist für SPRANGER, daß das deutsche Volk „begann, sich selbst wiederzufinden“ und sich „mit einem lange schmerzlich vermißten Stolz auf das Große und Ehrwürdige seiner Vergangenheit“ zurückzubessinnen.¹⁶

Das „frevelhafte Spiel mit dem Abrüstungsgedanken“ hätte das deutsche Volk „auf die Dauer in der Lage eines Volkes zweiter Klasse, in geminderter Ehre und in Unfreiheit erhalten“. Nun aber beginnt der *Weltkrieg*, „endlich seinen *positiven* (denn alles Tragische ist positiv!) Gehalt in unserem Volke zu entfalten, dessen Masse lange niedergeworfen und von pazifistischen Hoffnungen erfüllt war, obwohl sie jeder neue Tag realpolitische Erfahrung aufs neue widerlegte. Wer wollte es uns verdenken, wenn wir bei einem Blick auf unsere Grenzen, auf unsere gewaltsam klein gehaltene Wehrmacht, auf manchen Eingriff von Nachbarvölkern in unser elementarstes Lebensrecht als Volk den Krieg nicht nur als Vergangenheit sehen, sondern die Notwendigkeit eines zweiten Aufbruches zur Verteidigung aus der gespannten Weltlage heraus vorfühlen *müssen?*“ (S. 403 f.)

An die Stelle der Republik, die als „lange Erschöpfungsperiode“ dem Krieg gefolgt war (S. 401), setzt SPRANGER die „res publica militans“ (S. 404). Deutschland ist „endlich erwacht“ (S. 401) – und macht sich sogleich „vorführend“ vertraut mit einem „zweiten Aufbruch“: wobei – in exakter Erfassung des Hitlerschen Generalziels seiner Politik – nur ein zweiter Krieg gemeint sein konnte, um die Folgen des ersten rückgängig zu machen. – Wenn SPRANGER im Oktober 1933 an KÄTHE HADLICH schrieb: „Kannst Du mir sagen, wohin das eigentlich treibt? Es riecht sehr nach Krieg“¹⁷, dann hatte er im März/April 1933 die Antwort auf seine Frage selber schon gegeben.

Sodann fragt SPRANGER, worin das Neue „in einem wahrhaft deutschen Sinne“ bestehe; denn „Revolutionen sind Zeiten der Gärung, in denen auch Trübes mit emporsteigt. Das nächste Ziel ist die Klärung aus der Gärung heraus und das ernste Ringen um die *Gestalt*, die deutsch zu heißen verdient.“ (S. 204)

Die nationale Erhebung ist dann *deutsch* zu nennen, wenn sie getragen wird vom Kantischen Ethos der *Pflicht*, von der „größten deutschen sittlichen Idee“ (S. 402), als der „Freiheit, die sich selbst bindet, weil sie sich im Dienste eines Überpersönlichen weiß.“ (S. 403) Die ethischen Bindungen, die dieser Idealismus als „eine religiös verwurzelte Philosophie“ (ebd.) enthält, entspringen dem Protestantismus, neben dem Idealismus der anderen entscheidenden Quelle deutschen Volks- und Staatsbewußtseins.

Der „Wille zur Volkwerdung“ (S. 403), auf diese Weise „religiös und sittlich unterbaut“, ist *zweitens* deswegen auf eine spezifische Weise *deutsch*, weil er aus „den Kriegererlebnissen“ geboren wurde. Die Kriegererlebnisse machen demzufolge auch „den großen *positiven* Kern der nationalsozialistischen Bewegung aus (. . .), mag er heute auch für manche durch die bloß negative Seite eines übersteigerten Antisemitismus verdeckt werden.“ (ebd.) „Volkwerdung“ im deutschen Sinne heißt: „Auch der Sinn für den Adel des Blutes und für Gemeinsamkeit des Blutes ist etwas Positives. Bewußte Pflege der Volksgesundheit, Sorge für einen leiblich und sittlich hochwertigen Nachwuchs (Eugenik), bodenständige Heimattreue, Wetteifer der Stämme und Stände ohne unnötige Zentralisierung an verkehrter Stelle, gehören zu den Kräften, die neu belebt sind und die in eine bessere Zukunft weisen.“ (ebd.)

„Arbeit und Wehrkraft“ kennzeichnen den neuen *deutschen* Staat, aber auch nur dann, wenn die neuen nationalen Kräfte „*nicht* über die Menschenwürde und die sittliche Freiheit des deutschen Menschen hinweggehen“ (S. 402), wenn das sowjetische „Staatssklaventum“ vermieden wird (S. 403), wenn im religiösen Glauben an die Aufgaben des Staates im protestantischen Sinne die „rechtverstandene ‚Freiheit eines Christenmenschen‘“ (ebd.) mitbedacht bleibt.

„Arbeit und Wehrkraft“ als die Ziele der „Wiedereingliederung von Millionen Volksgenossen in den Anteil am nationalen Schaffen“ der „*res publica militans*“ (S. 404) erfordern nun drittens „pädagogische Konsequenzen“, deren richtigen und deren mißverstandenen Sinn SPRANGER im folgenden sowohl an Beispielen als auch prinzipiell erörtert.

(a) In den Freiwilligen Arbeitsdienst soll „mehr Richtung auf den Staat hineingebracht werden“, und zwar durch einen „neuen Führertypus“: „Er muß das Staatsethos in sich tragen, das den Arbeitsdienst adeln soll.“ (S. 405)

(b) So wie mehr staatlicher Einfluß und mehr „Führertum“ in der Jugendbildung zu bejahen bzw. in der Armee Befehl und Gehorsam zu üben sind, so wäre eine Ausdehnung dieser Prinzipien auf die Hochschulen völlig verfehlt. „Der wissenschaftliche Geist läßt sich nicht kommandieren.“ (S. 406) Auch kann „Wehrhaftmachung der deutschen Jugend“ – ein „von allen Erziehungsinstanzen zu bejahendes Ziel“ – nicht gleichbedeutend sein mit „Militarisierung“ (ebd.). Denn worum es letztlich geht, ist

(c) eine neue „Nationalbildung“ (nach dem Vorbild des frühen 19. Jahrhunderts, S. 406 ff.), bei der „das Reichswehrministerium, das Reichsarbeitsministerium, die Kultusministerien der Länder, zu schweigen von einer Anzahl zugeordneter politischer oder Wehr-Verbände, augenblicklich in das Ganze der Volks- und Staatserziehung je von ihrem Interessenbereich her eingreifen. Es ist dafür Sorge zu tragen, daß darüber eben das ‚*Ganze*‘ der Volkserziehung nicht gefährdet werde. Denn jede der beteiligten Mächte strahlt natürlich einen eigentümlichen Geist aus. Jeder dieser ‚Geister‘ möchte von sich aus das Ganze durchdringen. Was wir aber brauchen, ist auch in diesem Sinne *Ein Geist* und Eine Totalerziehung des deutschen,

volks- und staatsverbundenen Menschen.“ (S. 407) – Dies wiederum dürfe nicht zu dem Mißverständnis führen, Deutschland benötige einen „Erziehungsdiktator“: „gerade ein *Zwingherr* wird er nicht sein können und wollen. Denn der Geist läßt sich nicht zwingen. Er läßt sich nur aus den gesunden und echten Tiefen, in denen er wohnt, *herausholen*. Ein solcher ‚Befreier‘ des wahrhaften Deutschen tut not.“ (S. 407)

SPRANGER schließt mit den Worten:

„Nach den begeisterten Tagen des März, die uns das lange gefährdete Bewußtsein wiedergaben, daß wir noch ein Volk sein können, beginne nun die geduldige und getreue Arbeit im einzelnen! Sie ist oft hart und schwer, zumal in der eng gewordenen, notdurchfurchten deutschen Welt. Aber auch diese deutsche Erziehungsarbeit sei alles zugleich: Freiwilliger Arbeitsdienst und Arbeitsdienstpflicht, Wehrwille des Leibes und Wehrwille des Geistes, Freiheit und Bindung, Wille zur Macht und Achtung vor Recht, irdisches Bauen und demütiger Gottesdienst!“ (S. 408)

Der Göttinger Germanist ALBRECHT SCHÖNE hat einmal bemerkt, daß die politische Urteilsfähigkeit von GOTTFRIED BENN im Jahre 1933 nicht zum Geringsten einer Sprache zuzuschreiben gewesen sei, die ihn „narkotisiert“ habe. Ähnlich scheint es sich bei SPRANGER zu verhalten, einem konservativen deutschnationalen Bildungsbürger, dem Gedankenkreis und der Mentalität des Wilhelminischen Kaiserreichs verpflichtet¹⁸, sich in einer sprachlich vulgarisierenden „Geist“-Metaphysik ergehend, mit wenig Sympathie für das parlamentarisch-demokratische politische „System“ der ersten deutschen Republik¹⁹, nicht gewillt oder nicht in der Lage zu bedenken, was seine Äußerungen – die sich ja durchaus im Sinne pro-nationalsozialistischer Gesinnung und Option verstehen lassen – *praktisch* bedeuten. Gemäß der Tradition, der er entstammt und auf die er sich beruft, enttäuscht und abgestoßen von den selbstzerstörerischen Kräften der Republik, plädiert er für einen starken Staat und für ein persönliches Pflichtethos, für Freiheit in der Bindung und Menschenwürde, für den Willen zur Macht *und* demütige Religiosität. Materialismus und Marxismus, westeuropäischer Liberalismus und parlamentarische Demokratie, die „demokratisch und sozialistisch nivellierte Masse“ und die Psychoanalyse erscheinen ihm als Gegenbilder und Schädiger des „echten“, „tiefen“ „Deutschtums“. Ebenso wie SPRANGER nicht präzisiert, was er eigentlich positiv will, so kritisiert er auch seine weltanschaulichen Gegner mit platten Schlagworten und einfältigen Klischees. SPRANGER trägt keine theoretische oder politische Analyse vor, sondern vage Vorurteile und wabernde Wunschvorstellungen, und eines konnte demzufolge sein Text in der „Erziehung“ gewiß *nicht* leisten: *keine* „Mißverständnisse“ aufkommen zu lassen.

Von einer vorbehaltlosen nationalsozialistischen Option SPRANGERS im vorliegenden Text – wie RANG behauptet – kann keine Rede sein, von einer auch nur halbwegs entschiedenen Distanzierung aber auch nicht. Der Text klingt weit eher nach vorsichtig unentschiedener Anbiederung²⁰ im Gewande völkisch-nationaler Sprache, von der diejenige der Nationalsozialisten ja nur *eine* Spielart war, deren Schlagwörter SPRANGER hier aber seinem eigenen, eigentümlich hohl klingenden Jargon von „völkischer Metaphysik“ und „Wucht wiedererwachten Willens“ offenbar unschwer einverleiben konnte. Und es muß nach allem, was seit dem 30. Januar 1933 in Deutschland geschehen war, als blanker Zynismus gelten, dem „großen *positiven* Kern der nationalsozialistischen Bewegung“ lediglich einen

„übertriebenen Antisemitismus“ anzukreiden – der nicht-übertriebene alltägliche wäre also der übliche, akzeptable gewesen? Gewiß, SPRANGER wittert die Gefahren: einen nicht-kommunistischen Kollektivismus, geistige Bevormundung, Militarisierung als universelles Jugendbildungsprinzip, die Monopolisierung der „wahren“ nationalen Gesinnung usw., und er markiert – allerdings sehr vage – moralische Grenzen der Staatsgewalt. Aber im ganzen konnte der Leser seines Aufsatzes den Eindruck gewinnen, daß an den pädagogischen Zielsetzungen des neuen Staates des „Dritten Reiches“ keine prinzipielle Kritik anzubringen war, sondern vorderhand die mahnend distanzierte Beobachtung und Begleitung der neuen pädagogischen Praxis ausreichte.

Diese Haltung stellt – strenggenommen – eine politische Option nur in dem Sinne dar, daß sie den jeweils herrschenden „erziehenden Mächten“ in Staat und Gesellschaft im Erziehungs- und Bildungsbereich die Gestaltungspriorität einräumt vor dem in diesem Bereich hauptamtlich tätigen, professionell verantwortlichen Personal. Es ist eine Frage der Perspektive und wohl auch der ‚Gesinnung‘, diese Haltung als pädagogisch-defätistisch zu bezeichnen; SIEGFRIED BERNFELD würde vielleicht gesagt haben: sie ist die einzig realistische. Wie dem auch sei, diese Position indiziert grundsätzliche pädagogisch-praktische und -theoretische Dilemmata: (1) Sie kommt – gewollt oder ungewollt – *jedweder* Politisierung der Pädagogik und des Pädagogischen zugute, ohne selber in einer spezifischen politischen Position inhaltlich begründet sein zu müssen oder eine spezielle politische Position fördern zu wollen. Objektiv förderte SPRANGER mit seinen Äußerungen die nationalsozialistischen Bestrebungen, selbst wenn er diese im einzelnen sachlich für falsch und persönlich für schädlich gehalten hat (woran kein Zweifel sein kann). – (2) Selbstverständlich muß jeder Pädagoge in Theorie und Praxis den Primat der „erziehenden Mächte“ in Staat und Gesellschaft respektieren²¹, aber das kann und darf nicht bedeuten, eine eigene Verantwortlichkeit für Erziehung und Bildung der jungen Generation zu leugnen und diese den staatlichen Institutionen bzw. gesellschaftlichen Gruppen zu überlassen. Gerade dies würde das Eigentümliche der Praxis pädagogischer Beziehungen verkennen. Es muß also *realiter* vorausgesetzt bzw. *idealiter* antizipiert werden, was in der Erziehungswirklichkeit unter Umständen nur unvollkommen vorhanden ist oder auch völlig fehlen kann: ein Bedingungsrahmen „relativer pädagogischer Autonomie“ für selbstbestimmte erfolgreiche pädagogische Praxis. – Es wird zu zeigen sein, daß FLITNER von diesem Befund ausgehend seine Gegenposition zu SPRANGER formuliert.

SPRANGERS abschließende Aufforderung – in illusionärer Verkennung der tatsächlichen Lage –, „nun die geduldige und getreue Arbeit im einzelnen“ zu beginnen (S. 408), resultiert aus seiner im Vorhergehenden gezeigten undialektischen Relationierung von Pädagogik und Politik bzw. aus seiner affirmativen Verkennung der dilemmatischen Grundstruktur des pädagogischen Denkens und Handelns. Deshalb konnte SPRANGER der nationalsozialistischen Herausforderung des pädagogischen Selbstverständnisses seiner philosophisch-hermeneutischen Pädagogik keine pädagogische Gegenposition entgegensetzen, die *in der Sache* die Differenz der (reform-)pädagogischen Kritik des Politischen und der (national)politischen Vereinnahmung des Pädagogischen zum Ausdruck hätte bringen können.²²

2. Die Position WILHELM FLITNERS

Genau hier setzt WILHELM FLITNER an. Die „Staatsumwälzung“ vom Januar/März 1933 zwingt die „Erziehung“, ihre Position, „die sie mit dem Schlagwort der ‚deutschen pädagogischen Bewegung‘ zu bezeichnen pflegte“, zu überprüfen und zu überdenken; „teils mitgerissen durch die vaterländische Begeisterung, teils in der Beklommenheit, die jede schicksalhafte Entscheidung erweckt“, muß jeder Erzieher eine Standortbestimmung versuchen (S. 408). Dabei kann es in einer wissenschaftlichen Zeitschrift nach FLITNERS Auffassung nicht um die Spiegelung und Kommentierung von Zeitereignissen gehen – und dies bedeutet in diesem Zusammenhang wohl auch: nicht um das Ablegen weltanschaulicher oder politischer Bekenntnisse! –, sondern um die grundsätzliche Frage, ob die neuen Machthaber „die Aufgaben deutscher Erziehung wirklichkeitsgetreu [sic!] sehen“, und ob die Pädagogen „die Situation erkennen“, in die sie nun gestellt sind (ebd.).

Was charakterisiert die Lage der Pädagogischen Bewegung und der Reformen des Erziehungs- und Bildungswesens in Deutschland? Wo ist die Pädagogische Bewegung erfolgreich gewesen, wo ist sie gescheitert, und warum?

Die deutsche pädagogische Reformbewegung ist hervorgewachsen aus der Kritik an den pädagogischen Zuständen der Wilhelminischen Gesellschaft (S. 409), und sie konnte sich vor und nach dem Ersten Weltkrieg erfolgreich durchsetzen in der Kindergarten- und Grundschulerziehung, in der pädagogischen Reform der Sozialen Arbeit und besonders in der Idee und den verschiedenen Gestaltungsformen der Selbstbildung im Rahmen der Jugendbewegung. Die Pädagogische Bewegung war nicht erfolgreich in der Reform der Höheren Schule, in der Berufsausbildung und in der (staatlichen) „Jugendführung“; im Bereich des freien Volksbildungswesens konnte sie sich nur durchsetzen, wo sie eine intensive kommunale Förderung erfuhr (Jena, Leipzig, Berlin, Köln, um einige wichtige Zentren zu nennen). Die Gründe des Scheiterns liegen für FLITNER auf der Hand (S. 410): Die „pluralistische Aufteilung der Staatsmacht erlaubt keine staatliche Führung da, wo geführt werden muß“; „der Staat war von den partikularen Interessen [der Gruppen, Verbände und Parteien] zu abhängig, um Erziehungsansprüche der Nation gegen sie durchzusetzen“ (ebd.).²³

Damit ist der *erste* wichtige Ausgangspunkt für FLITNERS Argumentation benannt: die Hinwendung zum *Kulturstaat* und zur *Kulturnation*, wie FLITNER sie versteht in der Tradition von HERDER, HUMBOLDT, SCHLEIERMACHER, eben in der Tradition der von DILTHEY und NOHL so genannten „Deutschen Bewegung“. – Mit diesem Bezugspunkt ergibt sich die *zweite* Ausgangsüberlegung für FLITNER: Kulturstaat und Kulturnation sind charakterisiert durch eine *Nationalbildung*²⁴, in der das gemeinsame kulturelle und geistige Schaffen und Wollen eines Volkes und einer Nation sich ausspricht (S. 410). FLITNER greift hier zurück auf die Ideen zur Nationalbildung vom Beginn des 19. Jahrhunderts, der Zeit der politischen, geistigen und kulturellen Erneuerung Preußen-Deutschlands. Und auch hundert Jahre später waren das Pathos und die Erwartungen der Erziehungs- und Schulreformer am Ende des Ersten Weltkriegs getragen von der Idee einer neuen Nationalbildung in einem neuen Kulturstaat: nämlich durch eine „neue Erziehung“ einen „neuen Menschen“ zu schaffen und dadurch eine „neue Gesellschaft“ und einen „neuen Staat“.²⁵ In FLITNERS „Erinnerungen“ (1986) ist nachzulesen, daß auch die Impulse und Intentionen seines persönlichen pädagogischen Engagements

diesem Gedankenkreis entstammen, wie jüngst BURMEISTER (1987) in einer detaillierten biographisch orientierten Untersuchung über FLITNERS Studienjahre im Kreise der Freideutschen Jenenser Studenten dargelegt hat.

Von diesen beiden Ausgangspunkten her ergeben sich die beiden Problemstellungen, um deren Klärung es nach FLITNERS Auffassung bei einer aktuellen Stellungnahme zur Erziehungslage im März/April 1933 gehen muß: (1) das angemessene Verständnis einer „Nationalbildung“; (2) die Machtfrage bzw. die „Machtgrundlage“ (S. 410) im Verhältnis von Politik und Pädagogik.

(a) FLITNERS Konzept einer „Nationalbildung“

Für FLITNER kann „Nationalbildung“ „nicht das Produkt einer einheitlichen, programmatisch faßbaren ‚Weltanschauung‘“ (S. 410) sein, da Weltanschauungen ebenso wie Konfessionen die Völker und Nationen spalten (S. 411). Eine Nationalbildung als „die *Einheit des Ideals*, die in der öffentlichen Erziehung der Nation eine unbedingte Notwendigkeit ist“ (S. 410), erwächst aus der „*Einheit einer Gesittung, die sich in der Bewältigung der einheitlichen nationalen Aufgabenwelt bewährt.*“ (ebd.) Was ist unter „Gesittung“ zu verstehen, noch dazu für einen wertneutralen und weltanschaulich pluralistischen Staat, wenn diese Gesittung nur aus „dem Glauben“ kommen kann (ebd.)? Für FLITNER steht es außer Frage, daß es sich hier weder um eine Hinwendung zur Konfessionalisierung handeln darf (S. 411) noch um eine Rückwendung auf die Lebensformen und Erziehungsideale vor dem Weltkrieg (S. 412 f.); denn im Wilhelminischen Kaiserreich hat es eine „zivile Nationalerziehung“ zur staatsbürgerlichen Mitverantwortlichkeit überhaupt nicht gegeben, und außerdem ist die Lage nach dem Zusammenbruch des alten Normen- und Wertesystems eine völlig andere: „es gilt ein Erziehungssystem zu schaffen, das nicht aus einer gesicherten, sondern aus einer *bedrohten Gesittung* hervowächst, das der Lage des neuen Deutschland entspricht. Wer diese Zeit bestehen und Träger des Staates werden soll, der muß anders durchgebildet werden als der Mensch der Vorkriegszeit, der sich auf eine stetig fortschreitende städtisch-kapitalistische Welt vorbereitet. Jetzt handelt es sich um den Menschen der europäischen Krisis, des politisch bedrohten Deutschland, der zerfallenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung – um den Menschen, der eine neue und *echte Volksordnung mitzutragen* bereit und fähig ist.“ (S. 413) Insofern muß die „Emanzipation des Individuums im 19. Jahrhundert“ (S. 412) ebenso problematisiert werden wie man zugleich „nicht neuer Schwarmgeisterei verfallen (darf), die eine Vergötzung des kollektivierte Menschen an die Stelle der Hybris des Individualistischen setzt“ (ebd.).

Was präzise unter christlicher Gesittung und gesellschaftlicher Mitverantwortlichkeit zu verstehen ist, aus denen für FLITNER allein die Regeneration von Staat und Gesellschaft, Politik und Kultur erwachsen kann, versteckt sich hinter FLITNERS Hinweis auf „Das Wort und Bekenntnis Altonaer Pastoren in der Not und Verwirrung des öffentlichen Lebens“ (S. 411), datiert Altona, den 11. Januar 1933.²⁶ Zum Verständnis und vor allem für eine inhaltliche Ausfüllung der FLITNERSchen Position ist ein Blick in diese berühmte Denkschrift unerlässlich:

Den Anlaß für das „Altonaer Bekenntnis“ beschreibt einer ihrer Initiatoren, Pfarrer HANS ASMUSSEN, so (bei GÜNTHER et al. 1983, S. 46):

„In Altona war es der sogenannte Altonaer Blutsonntag [17. 7. 1932], der uns zwang, zur Klarheit zu kommen. Ein Umzug der SA durch kommunistische Stadtteile löste Straßenkämpfe aus. Wir hielten in allen Kirchen Gottesdienst ohne (!) Predigt, da wir uns alle nicht

stark genug fühlten, in Gottes Namen und also verbindlich über diese schrecklichen Ereignisse zu sprechen. Die amtliche Kirche schieg sich ja aus. Unmittelbar danach beschlossen wir, eine Erklärung zu erarbeiten, für die wir möglichst alle geradestehen konnten. Daraus ist dann das „Altonaer Bekenntnis“ geworden.“ – Das „Altonaer Bekenntnis“ ist so in gewisser Hinsicht der Vorläufer der „Barmer Erklärung“ der Bekennenden Kirche.

Das „Altonaer Bekenntnis“ beginnt mit folgender Feststellung:

„Die Schäden des öffentlichen Lebens sind so offenbar, daß niemand sie übersehen kann. Es sind viele Pläne entworfen und viele Versprechungen gemacht worden. Hilfe wurde uns dadurch nicht.

Jetzt fängt man an, nach der Kirche zu fragen. Dieses Fragen hören wir sowohl aus der leidenschaftlichen Bekämpfung der Kirche durch ihre offenbaren Gegner, als auch aus den Ansprüchen, die man in Verkenntung ihres Auftrages an sie stellt. Es gibt Menschen, die von der Kirche nur materielle Hilfe wollen. Andere suchen ihre Bundesgenossenschaft im politischen Kampf. Der Eine erwartet von ihr Weihe und Rechtfertigung seines politischen Handelns, der Andere Auftrieb seiner Begeisterung.

Die Kirche kann keinen dieser Ansprüche befriedigen. Sie hat vielmehr die Aufgabe, die Gewissen zu schärfen und das Evangelium zu verkündigen. Da sie gefragt wird, wollen wir als Diener der Kirche auch antworten. Wir können es nicht mehr verantworten, die bislang gewährte Zurückhaltung zu üben. Denn die Gesundung unseres Volkes und das ewige Heil hängt davon ab, daß den jetzt lebenden Menschen in ihren Nöten von der Kirche Gottes Wort gesagt und dieses von ihnen gehört und geglaubt wird.

Durch dieses Wort wird offenbar, wo der Staat, die Parteien und die einzelnen die von Gott gewollte und gesetzte Ordnung durchbrochen haben. Dies Wort ruft jeden an den ihm gebührenden Platz zurück und schafft so die erste Voraussetzung zur Gesundung. Wir aber glauben, daß uns das Wort von der rechten Ordnung durch die heilige Schrift gegeben ist. Können wir die Not auch nicht beheben, so können wir doch, mit unter der Not des Volkes stehend, unserem Volk den Dienst erweisen, daß wir dieses Wort von der rechten Ordnung sagen.“

In fünf Artikeln – Von der Kirche, Von den Grenzen des Menschen, Vom Staate, Von den Aufgaben des Staates, Von den Geboten Gottes – legen die Altonaer Pastoren ihre Überzeugung „von der rechten Ordnung“ unter anderem in Staat, Gesellschaft und Politik dar. Auf sie nimmt FLITNER vor allem Bezug, und was darüber hinaus von Kirche und Gottes Gebot gesagt wird, wird nach FLITNERS Auffassung auch analog für die Pädagogik zu gelten haben: „... Christus in dieser seiner Gegenwart ... (ist) die Macht der Kirche. Darum kann die Kirche weder vom Staat, noch von einer Partei, noch von der Wissenschaft, noch von irgendeiner Weltanschauung in ihrem Wesen bestimmt und getragen werden. Sie muß das Wort frei reden. Sie ist niemand untertan und gerade darin jedermanns Knecht [d. h. dadurch kann sie jedermann dienen] ... Wer von der Verkündigung des Pastors erwartet, daß er eine bestimmte Wirtschaftsform, den Krieg oder den Frieden, den Waffendienst oder die Kriegsdienstverweigerung rechtfertigen oder bestätigen soll“, der verlangt vom Pastor, was nicht seines Amtes ist. „Wer die Kirche in ihrer Verkündigung dem Einfluß einer politischen Macht unterstellen will, macht damit die politische Macht zu einer dem Christentum feindlichen Religion.“ Es entspricht Gottes Gebot, „wenn eine Regierung väterlich regiert und des Volkes Not als eigene Not trägt“, nicht aber, daß Leben verachtet wird und „wenn Volksglieder als unmenschlich gewertet werden“. In Artikel 3 – Vom Staate – wird betont, daß „ein mächtiger Wille das Zusammenleben“ ordnen muß und zwar so, daß Einer des Anderen Leben nicht vernichtet. Deshalb haben die Untertanen „keine Ursache, sich über eine schwache Obrigkeit zu freuen. Sie können nur zu ihrem Schaden in einem autoritätslosen Zustande leben und müssen alles daran setzen, daß die Obrigkeit gewürdigt und gestärkt wird.“ Die moralische Grenze dieser Obrigkeit ist für den entschiedenen Christen klar: „Wir verwerfen jede Vergöttlichung des Staates. Wenn sich die Staatsgewalt zum Herren über die

Gewissen aufwirft, wird sie antichristlich. Der Staat kann nie sagen, welches das Gebot Gottes für den Einzelnen im jeweils vorliegenden Falle ist. Wenn er ins Leben des Einzelnen eingreift, muß er diese Beschränkung seiner Macht vor Augen haben.“ Die Aufgaben des Staates – Artikel 4 – sind Ordnung, Verteidigung, Lebenssicherung, Fürsorge, und zwar nicht in einem abstrakten Sinne, sondern durchaus in diesem: „Gott hat uns als Deutsche geschaffen. . . . Wo immer wir in unserem Deutschsein bedroht werden, hat eine deutsche Obrigkeit die Aufgabe von Gott, Volk und Staat in ihrer Deutschheit zu bewahren.“ Zur inneren Organisation von Staat und Regierung heißt es dann: „Wir verwerfen es, daß die Parteien weithin zu politischen Konfessionen geworden sind. Sie gefährden dadurch nicht nur den Glauben an Gott, sondern auch den Bestand des Staates. Unter der Schlagwortpropaganda erwarten viele Anhänger von ihrer Partei für die Zukunft einen herrlichen Zustand der Gerechtigkeit, der Wohlfahrt und der Lebensfreude. Man wirft dann den jeweils Regierenden Böswilligkeit vor, wenn sie die herrlichen Zustände nicht schon herbeigeführt haben. So entsteht eine dauernde Bereitschaft zu Bürgerkrieg und Straßenkampf.“ Umgekehrt darf der einzelne Staatsbürger von der Regierung nicht erwarten, was zu erbringen er selber nicht gewillt ist, so daß das „Altonaer Bekenntnis“ ihn aufruft zu „Sparsamkeit, Sauberkeit, Ordnung und Treue“ in Haus und Gemeinde. „Es hat keinen Sinn, auf Besserung zu hoffen, so lange sich nicht jeder seinen nächstliegenden Pflichten zuwendet.“

Vom „Altonaer Bekenntnis“ wird man keine Ausführungen erwarten dürfen, wie die Krise von Staat und Gesellschaft am Ausgang der Weimarer Republik politisch-praktisch zu beheben ist. Man mag auch FLITNERS (kultur-)protestantischen Standpunkt in der Frage einer „nationalen Gesittung“ nicht teilen. Aber darum geht es in unserem Zusammenhang auch gar nicht; sondern vielmehr darum, was es mit dem Vorwurf der pro-nationalsozialistischen Einstellung bei FLITNER auf sich hat. Seine Bezugnahme auf das „Altonaer Bekenntnis“, seine strikte Zurückweisung jeder Vorstellung, Staat und Gesellschaft könnten getragen werden von einer „einheitlich programmatisch formulierbaren ‚Weltanschauung‘“, sein Insistieren auf „Gesittung“ als Mit- und Füreinander der Menschen und seine Warnungen vor neuen ‚Glaubensspaltungen‘ machen diesen Vorwurf gegenstandslos.

(b) Die Machtfrage und die „Machtgrundlage“ im Verhältnis von Politik und Pädagogik

Ein schwacher Staat (und schwache Regierungen) im Sinne des Kulturstaates, der kulturelle Führungsaufgaben unvermeidlich übernehmen muß, schadet auch der Pädagogik bzw. dem Erziehungs- und Bildungswesen im ganzen; denn er ist nicht imstande, die äußeren Bedingungen für ein „pädagogisches Eigenleben“ (S. 410) zu schaffen. Dieses wiederum ist auf die förderlichen Voraussetzungen und eine produktive Kultur angewiesen, die es selber nicht schaffen, sondern nur tradieren kann. Mit anderen Worten: es bedarf sowohl gesamtstaatlich-nationaler als auch administrativer Vorgaben für die pädagogisch eigenständige Arbeit der Vermittlung der Kultur.²⁷ Damit sind die Fragen aufgeworfen, in welchem Verhältnis von Abhängigkeit und Beeinflussung, von Zu- bzw. Unterordnung Pädagogik und Politik stehen.

So wie sich die Perspektive der Nationalbildung aus der Erfahrung gemeinsamen kulturellen Schaffens ergibt, so kann sich für FLITNER die Frage der Gesittung und

„echten Volksordnung“ (S. 413) nur aus der lebendigen Erfahrung gemeinsamer Lebensgestaltung und der Überwindung alles Trennenden – Konfession, Weltanschauung usw. – erwachsen. Diese Erfahrungen aber müssen nicht erst programmatisch herbeigeschrieben oder experimentell hergestellt werden, sie liegen vor: auf der einen Seite in der Erfahrung „der feldgrauen Frontkameradschaft“ (S. 413), auf der anderen Seite durch die Jugendbewegung und durch die Bünde nach dem Weltkrieg: „Angehörige beider Konfessionen, aller Parteien, aller Stände und Berufe haben in der *bündischen Bewegung* gefunden, daß sie keinen Klassen- oder Gruppenkampf untereinander führen dürfen, daß sie vielmehr eine Einheitsfront bilden, die das Deutschland einer wirklichen Volksordnung erkämpft gegen das Deutschland der kapitalistisch-liberalistischen Gesellschaft, das Deutschland der in Programmatik zerteilten Parteiung.“ (ebd.) Wenn nicht Machtwille sich der Reformpädagogischen Bewegung bemächtigen will, sondern wenn „ein strenger Erkenntniswille sich der Erfahrung bedient, die in der pädagogischen Bewegung bereits vorliegt“ (ebd.), dann unterstreicht diese Erfahrung zunächst und vor allem „das Eigenständige des Erziehungsgebietes“ (ebd.). Nicht Weltanschauungen und willkürliche Programmatiken (S. 414) sind in der Lage, die neue *zivile* Volksordnung zu schaffen, sondern nur die Bewahrung und Fortführung der pädagogischen Erfahrung der Reformpädagogik. Will staatliche Führung auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung erfolgreich sein, so muß sie „das Eigentümliche der Erziehungsarbeit, das die deutsche Erziehungsbewegung in einem Stamm von Erziehern wieder lebendig gemacht hat“ (ebd.), respektieren und ihr jene Freiheit gewähren, die für diese pädagogische Arbeit unabdingbar ist; „staatliche Führung und die Freiheit, die man der innerlich staatlich gebundenen Erzieherenschaft gewähren muß, widersprechen sich keineswegs“ (ebd.). Denn der Staatswille ist nur die äußere (politische) *Basis* für die Erziehungs- und Bildungsarbeit – die notwendige Bedingung –, die reale *Möglichkeit* erfolgreicher pädagogischer Praxis aber konstituiert sich erst in der Respektierung ihres internen Freiraumes – hinreichende Bedingung –. Dies ist der Sinn der folgenden Zeilen in FLITNERS Abhandlung: „Die neue Vereinigung des Staatswillens kann die politische Basis für ein solches Ganze der Nationalerziehung bieten. Die große Möglichkeit, die hierin liegt, wird aber nur genutzt werden können, wenn der Ertrag der pädagogischen Bewegung in ihr festgehalten wird.“ (S. 414 f.) Die Behauptung, FLITNER habe „den Ertrag der pädagogischen Bewegung“ dem nationalsozialistischen Regime ange-dient, ist absurd. Das Gegenteil ist richtig: wer auch immer Erziehung und Bildung für seine Zwecke instrumentalisieren will, kann nicht umhin, sich die Methoden und Verfahren erfolgreicher pädagogischer Praxis anzueignen. „Der Staatsmann ist auf diese Erfahrung angewiesen – die nicht sachkundige Improvisation, die über solche Erfahrung hinweggeht, rächt sich auf dem Erziehungsgebiet immer grausam durch Wirkungslosigkeit der Erziehung. Die Erziehungswirkung hat zwar auch der Erfahrene nicht in der Hand, aber das Scheitern des Unerfahrenen ist selbstverschuldet und vermeidbar.“ (S. 413) Pädagogische Verfahren und Methoden funktionieren zunächst einmal *als solche* – das wirkende Beispiel, der faszinierende Bericht, die Vertrauen erweckende Ermutigung: sie bewirken Identifikation, Interesse, persönliche Bindung usw. -, und *deshalb* können sie zu (beliebigen) politischen oder weltanschaulichen Zielsetzungen eingesetzt werden. Aber eben deshalb ist auch völlig abwegig, aus der „Nutzung“ der reformpädagogischen Praxis

und Erfahrung durch die Nationalsozialisten eine pro-nationalsozialistische Gesinnung der Reformpädagogen abzuleiten. FLITNER schließt seinen Aufsatz mit dem Appell: „Möchte den Machtträgern jene Demut des Mächtigen nicht fehlen, die die Macht nicht aus sich selber, sondern auf Gesittung, auf Ritterlichkeit und Liebe und somit wahrhaft christlich gründet.“

In deutlicher Unterscheidung von EDUARD SPRANGER hat FLITNER also eine erste Antwort auf das Verhältnis von Politik und Pädagogik gegeben. Hatte es für jenen „im Wesen des Erziehungsgedankens (gelegen), den Blick sogleich auf die Zukunft zu lenken und Aufgaben zu erfassen“ (S. 401), so kam FLITNER aufgrund seiner Einsicht in die Eigengesetzlichkeit der pädagogischen Praxis zu ganz anderen Schlußfolgerungen, vor allem zur Reklamierung ihrer aus dieser Eigengesetzlichkeit resultierenden Eigenständigkeit gegen politische Vereinnahmung (da aus letzterer nur Dilettantismus und Scheitern folgen könne).

FLITNER hatte bald Gelegenheit, aufgrund eines Aufsatzes seines alten Jenenser Studienfreundes HANS FREYER in der „Erziehung“ seinen Standpunkt zum Verhältnis von Pädagogik und Politik zu pointieren und zu präzisieren.

Diese Diskussion mit HANS FREYER hat eine Vorgeschichte im Jahre 1932/33. FREYER hatte in der „Erziehung“ einen umfangreichen Aufsatz „Die Universität als hohe Schule des Staates“ veröffentlicht (1932, S. 520 ff., 669 ff.). FREYER führt dort aus, daß im Verhältnis von Staat und Universität ein grundlegender Wandel eingetreten ist: Sei am Beginn des 19. Jahrhunderts aufgrund der idealistischen Staatsauffassung eine strikte Trennung von Politik und Wissenschaft der Idee der Universität zugrunde gelegt worden – Staat und Gesellschaft schaffen lediglich die äußeren Voraussetzungen für die Autonomie der Wissenschaft und der Universität, diese verstanden als sich selbst regulierende Wahrheitssuche –, so habe sich im 20. Jahrhundert die Situation grundlegend gewandelt:

„Die Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft, die dem liberalen Denken entstammt . . ., hat ihre Spannung verloren. Der Staat ist die Selbstorganisation der Gesellschaft geworden . . . (Deshalb) ergreift er alles, was das Zusammenleben der Menschen angeht. Alle unter der Voraussetzung des liberalen Staatsgedankens stehenden Entgegensetzungen, wie Staat und Wirtschaft, Staat und Schule, Staat und Recht, hören auf. Es gibt kein Gebiet mehr, demgegenüber der Staat unbedingte Neutralität beobachten könnte, selbst wenn er es wollte; keines, das Nichteinmischung von ihm verlangen dürfte. Alle sozialen Probleme sind unmittelbar auch politische und staatliche Probleme . . . Wir haben statt des liberalen Staates, den das 19. Jahrhundert gewollt und der Tendenz nach realisiert hat, den Wirtschaftsstaat, den Wohlfahrtsstaat, den Fürsorgestaat, den ‚totalen‘ Staat des 20. [Jahrhunderts].“ (S. 531 f.) Der Staat der „entwickelten industriellen Gesellschaft“ (S. 533) wäre mithin – so könnten wir ergänzen – „Wissenschaftsstaat“, mit anderen Worten: das Verhältnis von Staat und Universität, von Politik und Wissenschaft muß unter den veränderten Bedingungen *politisch* neu bestimmt werden. (Dabei redet FREYER wohlgemerkt nicht einer „Politisierung“ von Universität und Wissenschaft das Wort. Die Universität „als hohe Schule des Staates“ zu bezeichnen, könne als die Aufforderung mißverstanden werden, „mit dem Staat die Hochschule gleich mit zu erobern“; dazu „zu ermuntern, besteht heute wahrlich kein Anlaß“ – geschrieben im Juni 1932 [S. 537].) „Es handelt sich vielmehr darum, in die Universität als ganzer, in ihrem Prinzip einen politischen Gehalt aufzudecken.“ (ebd.) Wissenschaft und Forschung als Teil der staatlichen bzw. gesellschaftlichen Praxis können demzufolge nicht voraussetzungslos sein, sondern die „geistigen Grundlagen, auf denen unser Leben ruht, wirken als Voraussetzungen auch in der Wissenschaft. Sie wirken in ihr nicht nur als dunkler Grund, sondern als bewußte Voraussetzung. Die Universität nimmt diese Voraussetzung nicht nur hin, sondern führt sie auf ihren gültigen Gehalt zurück; befreit sich also nicht von

ihnen, sondern befestigt sich in ihnen. Sie ist das theoretische Organ ihres Volkes und ihres Staates: Sie erkennt, was in diesem und was in ihr selbst sich vollzieht, sofern sie einer bestimmten Gestalt des Geistes angehören. Sie offenbart ihrem Volk und ihrem Staat, was sie wahrhaft sind; ‚offenbart‘ ist falsch: sie erkennt es ihnen vor.“ (S. 679) Und Wissenschaft und Universität als Stätte praktischer Berufsausbildung „erarbeitet und vermittelt die gültige Sicht [der Aufgaben und Probleme der Zeit]; mindestens hat sie in dieser Aufgabe ihr materiales Ziel. Sie ist, indem sie das tut, gerade nicht Sonderreich, sondern Bestandteil und Beauftragte ihres Volkes und ihres Staates, die nur durch sie zu einer erfüllten geistigen Existenz gelangen“. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, braucht die Universität „während ihres ganzen Weges Freiheit . . . Die Autonomie der freien Forschung und Lehre erhält also, vom Beruf der Universität in der Zeit her, nicht nur ihre Berechtigung, sondern ihre Notwendigkeit. Sie muß im Binnenraum der Universität herrschen, gerade damit das Gesamtwerk der Universität dem Leben diene.“ (S. 681)

WILHELM FLITNER hat sich anlässlich einer Betrachtung der Entwicklung der Pädagogischen Akademien im April-Heft der „Erziehung“ (FLITNER 1933b) beiläufig gegen diese Auffassung FREYERS von einer „politischen Universität“ gewandt (S.453): „Diese Entgegensetzung einer politischen Universität der Zukunft und einer philosophischen oder theologischen Universität der Vergangenheit ist höchst mißverständlich. Sie lenkt ab von dem eigentlichen Problem und leistet den düsteren Bestrebungen Hilfe, die die parteipolitische Unabhängigkeit der deutschen Hochschulen anzutasten geneigt sind . . . (In Forschung und Lehre müsse) das Ethos ihrer Arbeit nach wie vor *rein durch die Intention auf Wahrheit bestimmt* sein . . . Was sich ändern muß, ist der *Bezug* dieses Forschens und Lehrens zur Lebenserfahrung und zur Lebensführung . . . alles Forschen und Wissen auf diese *Seinsgrundlage* zu beziehen, ist aber etwas gänzlich anderes als die Ablösung der philosophischen durch eine ‚politische‘ Universität. Eine solche Ablösung wäre der Untergang einer unserer wertvollsten Traditionen, jene Vertiefung der Lehre ins Existentielle dagegen ist im Gegenteil die endliche Verwirklichung der ‚philosophischen‘ Universität und zugleich der ‚Hochschule des Staates‘.“ FLITNER läßt das Adjektiv „politisch“ weg, und allein diese Nuance markiert schon seine Differenz zu FREYER. Wie oben bemerkt, hätte FLITNER zunächst auch hier sein grundsätzliches Einverständnis in vielen Punkten bekunden können, wäre dann aber sogleich zu der Frage übergegangen, welches denn die Sachlage und der Problembestand *in Wirklichkeit* sind, um dann mit dem ihm eigentümlichen Pragmatismus – der ihn geistig so sehr mit seinem anderen alten Jenenser Studienfreund, RUDOLF CARNAP, verbindet! – von den *praktischen Konsequenzen* her zu zeigen, weshalb die von FREYER vorgetragene Position inakzeptabel und gefährlich ist.

3. HANS FREYER im Oktober 1933 in der „Erziehung“ über „Volksbildung“ und „politische Schulung“

FREYERS Frage lautet: War der Anspruch der Freien Erwachsenenbildung nach 1919, Volksbildung sei Volkbildung, pädagogisch und politisch realistisch, und konnte er erfolgreich sein? FREYERS Antwort ist eindeutig: (1) die Idee der Volkbildung durch Volksbildung beruhte auf einer *Täuschung*, da sie einen völlig verfehlten Begriff von der Wirklichkeit des „Volkes“ hat; (2) die Idee der Volksbildung erlag der *Illusion* und der Fehleinschätzung („Überschätzung“), mit „pädagogischen Möglichkeiten . . . zwischen den sozialen Gruppen ein gegenseitiges Verständnis zu erzeugen, sie einander wieder näher zu bringen und eine neue Einheit über ihnen zu erzeugen“ (S. 1); (3) die Volksbildungsbewegung *verkannte die grundsätzliche Differenz des Pädagogischen und des Politischen*: „Politische Gebilde zu schaffen (und das Volk ist ein politisches Gebilde), das ist keine

pädagogische Aufgabe.“ (S. 4) Daraus resultiert, daß wenn es um Volksbildung als Volkbildung geht – im doppelten Sinne des Bildungsbegriffs: Erziehung und Formierung –, dann muß an die Stelle der Nationalbildung und der staatsbürgerlichen Erziehung die politische Schulung treten, da die *politische* Einheit „Volk“ nur das Ergebnis eines bewußt gestaltenden politischen Willens sein kann: „Das politische Geschehen unsrer Tage hat uns anspruchsvoller gemacht, wenn wir die Worte Volk, Volksgemeinschaft, Volksordnung, Volkwerdung, Volkbildung, hören. Und es hat uns zugleich kritischer gemacht gegen die Versuche, diese hohen Ziele mit dem weichen [sic!] Instrument der bildnerischen Einwirkung allein erreichen zu wollen. Wir haben gelernt, daß Volk ein politischer Begriff ist, daß nur der harte Griff [sic!] der politischen Tat die Einheit des Volkes herstellen kann, und daß restloser Einsatz, straffste Willenszucht notwendig ist, wenn diese Einheit in den Menschen befestigt werden soll. Von dieser Erkenntnis aus sind wir verpflichtet, schonungslos festzustellen, wo in der Volksbildungsarbeit der Vergangenheit die Illusionen lagen, und was in ihr bloßer guter Wille mit untauglichen Mitteln gewesen ist.“ (S. 2)

Ad (1): Die *Täuschung über die Wirklichkeit von Volk und Gesellschaft* besteht für FREYER darin, daß nicht berücksichtigt wurde, daß das deutsche Volk „wirklich restlos den Weg zur industriellen Klassengesellschaft gegangen“ ist und daß nunmehr eine „Vielheit von Gesellschaftsgruppen mit charakteristischer Interessenlage, ein System aus echten Klassen . . . vorhanden“ ist. „Diese ökonomischen Interessengruppen stemmen sich handfest gegeneinander, der Staat aber ist keine verantwortliche Macht außer ihnen oder über ihnen, er ist nichts als das Produkt ihres Kräftespiels . . . , er ist nicht der Staat eines politischen Volkes, sondern er ist der Staat der gesellschaftlichen Mächte, der Ort ihrer Auseinandersetzungen und das Resultat ihrer Verträge.“ (S. 5) Es ist eine Illusion zu glauben, „daß die industrielle Gesellschaft immer noch Volk sei und geradewegs wieder Volk werden könnte, wenn man nur die Gegensätze ausglich, wenn man nur das Verständnis zwischen den Klassen durch innere Arbeit an den Menschen allmählich steigerte.“ (S. 5 f.)

Ad (2): Der Anspruch der Volksbildung, „mitten im Alltag einen geistigen Gehalt erwecken und dadurch diesen Alltag wieder sinnvoll machen“ zu wollen (S. 3), unterliegt einer *zweifachen Illusion*: *Erstens* sind „Arbeit und Genuß . . . grausam mechanisiert“ (ebd.), wie Volksbildner ja selber sagen, aber diese Mechanisierung und Sinnleere kann nicht durch „Begegnung“ behoben werden; denn darin steckt die *zweite* romantisch-idyllische Illusion: die Rückwendung zu Volkstum, Sitte und Kultur „des alten Deutschland“ und die Übersetzung der Probleme der technisch-industriellen Zivilisation und der politischen Konfrontationen einer Klassengesellschaft „ins Menschliche und Geistige, ins Bildnerische und Erzieherische“ (S. 4).

Ad (3): Erziehung und Bildung sind traditionell an der liberalen Idee von Menschen als gebildeten Individualitäten und ihrer Lebensform der „Gemeinschaft“ orientiert, die nicht von Interessenkonflikten gestört ist. Die Volks- als Gemeinschaftsordnung sei vielleicht „nur getrübt, verwirrt, verschüttet, aber untergründig ist sie vorhanden. Sie kann wiederhergestellt werden, vor allem durch bildnerische Bemühungen: dadurch, daß die einzelnen sozialen Lebensräume in sich wieder sinnvoll gemacht werden . . . Denn das Volk ist das natürlich geordnete System der einzelnen Lebenskreise, das Ganze, in dem sie harmonisch zusammenstimmen. Dieser Glaube an die natürliche Harmonie des sozialen Ganzen auch noch in der Klassenkampfsituation der industriellen Gesellschaft, – das war die Voraussetzung, von der die Volksbildung nicht lassen konnte.“ (S. 6) Volksbildungs- und staatsbürgerliche Bildungsarbeit tendieren also zur Harmonisierung der gesellschaftlichen Gegensätze, und das „ist die Liquidation des Politischen.“ (S. 7) Denn das Politische ist charakterisiert durch politischen Kampf und Herrschaft; „Führung und Gefolgschaft, Herrschaft und Dienst:

das ist das Gefüge, in dem Völker geschichtlich existieren.“ (S. 4) Deshalb ist es eine Illusion, ein Volk *bilden* zu wollen; es kann nur durch *Herrschaft* und *Führung* geformt werden. „Wir setzen an die Stelle der Volksbildung die Idee der politischen Erziehung, schärfer ausgedrückt: die Idee der politischen Schulung.“ (S. 8) „An die Stelle des statischen Begriffs Statsbürger tritt der dynamische Begriff des politischen Menschen. An die Stelle der staatsbürgerlichen Bildung tritt die politische Schulung.“ (S. 10) „Politische Schulung ist notwendig völlige Ergreifung des Menschen, Umprägung und Neuprägung seiner Willensstruktur.“ (ebd.)

Mit der Idee des Liberalismus ist für FREYER auch die Idee der Persönlichkeit obsolet geworden (S. 11): Eine Persönlichkeit trägt ihren Sinn und ihre Bedeutung nicht in sich selbst, sondern gewinnt sie nur innerhalb eines größeren Ganzen, im Rahmen eines „größeren Schicksals“ (ebd.). „Jeder Humanismus ist dann fehl am Ort. Er ist Insel, er ist Flucht“ (ebd.). Und damit bringt FREYER die Differenz des Pädagogischen und Politischen auf den Punkt, indem er sich gegen die reformpädagogische Position der ‚pädagogischen Autonomie‘ wendet“ (S. 11):

„Und auch die Pädagogik würde flüchtig, wenn sie sich in einer solchen geschichtlichen Lage hinter ihre Autonomie zurückziehen würde. Die Schule, so hieß es in der Erziehungslehre und Bildungspolitik der letzten 14 Jahre allerorten, ist eine eigene Welt, die das Gesetz ihrer Gestaltung rein in sich selber trägt. Diese Lehre ist immer falsch. Heute ist sie es doppelt. Wer eigentlich erzieht, das ist immer die objektive Wirklichkeit des Staates selbst. Baut sich aber dieser Staat in einer geschichtlichen Bewegung allererst auf, so ist sein Recht, die Menschen nach seinem zukünftigen Bilde zu formen, ohne Grenzen.“

Es ist erstaunlich – die Gründe sind einstweilen unaufgeklärt –, daß dieser Aufsatz von den Herausgebern bzw. vom Schriftleiter zum Abdruck in der „Erziehung“ angenommen wurde, wo er doch der Position der Zeitschrift, wie sie FLITNER in seiner Entgegnung auf SPRANGER zum Ausdruck gebracht hatte, so entschieden widersprach. So sah sich FLITNER herausgefordert, erneut seinen abweichenden Standpunkt bezüglich des Verhältnisses von Pädagogik und Politik präzisiert und pointiert darzulegen.

4. FLITNERS Replik auf FREYER²⁹

Mit der Erinnerung an die *tatsächliche* Ausgangslage der Jahre 1919/20 für die Volksbildungsarbeit und ihren „verzweifelden Optimismus“ (S. 109), der allerdings recht bald gründlich ausgeräumt worden sei, versucht FLITNER, die Vorwürfe von Illusion, Täuschung und Selbstüberschätzung zu relativieren bzw. zu entkräften. Die neue Volksbildungsbewegung mußte – gegen den Marxismus aller Schattierungen, gegen den politischen und kirchlichen Liberalismus, gegen die pietistische und orthodoxe Kirchlichkeit, gegen interessengebundene Weltanschauungen und Bildungsphilistertum (S. 108) – sich den Raum für ihre Erziehungsarbeit allererst erkämpfen, in einer Zeit, „in der auf die Hilfe von Staat, Parteien und Kirche nicht zu rechnen war, allenfalls auf Duldung und einige kärglichste Geldmittel, aber nicht auf geistige Hilfe.“ (ebd.) „Es blieb also nur zweierlei übrig: die volkserzieherische Arbeit aufzugeben bis zu politisch günstiger Stunde, oder in der Zeit zu tun, was sich tun ließ.“ (ebd.)

Natürlich wollte die neue Volksbildungsbewegung ihren Beitrag zur Schaffung der „neuen Gesellschaft“ leisten und in einer Übergangsphase politischer und sozialer Unübersichtlichkeit, Zerrissenheit und Unentschiedenheit in der Tat einen Beitrag zur staatsbürgerlichen Volksbildung leisten. Die „echte pädagogische Freude und Liebe zur aufwachsenden deutschen Jugend auch (in) jener ungünstigen und ratlosen Zeit (ebd.) konnte und durfte nicht ruhen, nach der Gründung der Republik so wenig wie während ihres unglücklichen Verlaufs. „Ins Große gesehen konnte die Volksbildungsarbeit mit ihren Vereinen, Büchereien, Kursen, Freizeiten, Arbeitslagern, Heimschulen auch in diesen vierzehn Jahren der Unstaatlichkeit³⁰ nicht ruhen, ja sie durfte in der Zeit der politischen Ohnmacht und Ratlosigkeit gerade am wenigsten ruhen.“ (ebd.)

Die Volksbildungsarbeit war durch zwei Grundsätze charakterisiert: *erstens* durch ihre „konservativ-revolutionäre Inhaltlichkeit“, *zweitens* durch den „Satz von der relativen pädagogischen Eigenständigkeit“ (S. 108).

Ad (1): FLITNER weist darauf hin, daß die nicht-marxistischen Volksbildner sich schon seit 1919 an jenen Bildungszielen orientierten, die erst später von der völkisch-nationalen Bewegung aufgegriffen wurden: „die Erneuerung der Staatlichkeit mit ihrer Autorität und ihrem Gehorsam, der nationale Gehalt des Staates und seine Begründung auf Volkstum, die Erhaltung des Bauerntums, die korporative Wirtschaftsverfassung, die Erhaltung der Familie und der christlichen Sitte, die großdeutsche [!] Kulturgemeinschaft, die existente lebendige Volkskirche, die Überwindung der Massen- und Klassengesellschaft“ (S. 109). In diesem Sinne habe Volksbildung die Volkbildung zum Ziele gehabt, und nur diejenigen, die dies damals ausdrücklich so *nicht* wollten, hätten jene Position der „politischen Schulung“ bezogen, die FREYER empfehle: jetzt durch die Nationalsozialisten, damals durch die Marxisten (S. 109 f.).

An dieser Stelle kam es FLITNER wahrscheinlich weniger darauf an, die Parallele zwischen zwei totalitären Weltanschauungssystemen aufzuzeigen – dem Nationalsozialismus und dem Marxismus –, sondern auf das *pädagogische* Defizit aufmerksam zu machen, das im Konzept der „Schulung“ steckt: neben den Formen von „Schulung“ („Lehre“), „Übung“, „Propaganda“, „Formung von Eliten“ bleibt doch die eigenständige fundamentale pädagogische Aufgabe der *Bewußtseinsbildung* und der Entwicklung seelischer und geistiger *Kräfte* unerledigt (S. 110). Um aber Kräfte zu mobilisieren und zu entwickeln und um Bewußtseinsformen zu gestalten, mußte in der Volksbildungsarbeit etwas vorweggenommen werden, was in der gesellschaftlich-geschichtlichen Wirklichkeit erst herbeizuführen war: „diese kommende Einheit des neuen Volkes“ (S. 109). Gegenüber FREYER muß FLITNER geltend machen, was er auch schon SPRANGER gegenüber hatte unterstreichen müssen: daß es für die pädagogische Arbeit eben *nicht* charakteristisch ist, daß sie irgendwelche programmatischen Zielsetzungen verwirklicht, sondern daß die Zielsetzung ein formendes und gestaltendes Element des pädagogischen Weges sein muß, daß das Ziel ein Hilfsmittel zu seiner Erreichung sein muß (wie schon KANT formuliert hatte), daß Ziel und Weg lebendig erfahren werden können. Deshalb war ja die „Arbeitsgemeinschaft“ das wichtigste pädagogische Medium, Erfahrungsfeld und Praxisfeld, um die „Volksgemeinschaft“ *vorweggenommen* erfahrbar werden zu lassen. FLITNER ist deshalb der Auffassung, daß die pädagogische Vorwegnahme der „kommenden Einheit des neuen Volkes“ nicht als „Illusion“ abqualifiziert werden dürfe (aus dem dort nicht weiter ausgeführten Grunde, daß pädagogisch aktives und sinnvolles Lernen von solchen Vorwegnahmen strukturiert wird). Daß damit der Vorwurf jener anderen Illusion einer idyllisch-romantischen Volksgemeinschaft angesichts einer real existierenden industriellen Gesellschaft der Interessen- und Klassengegensätze nicht ausgeräumt ist, liegt auf der Hand.

Ad (2): Entscheidend in der Auseinandersetzung mit FREYER – und bei FLITNER an erster Stelle stehend – ist die Position der „relativen pädagogischen Autonomie“, die FREYER als in der Sache irrig und in politischer Hinsicht als eine Fluchtposition bezeichnet hatte.

Was bedeutet „relative pädagogische Eigenständigkeit“? FLITNER weist darauf hin, daß damit eine „Erfahrung“ (S. 108) bezeichnet wird (und nicht nur eine Forderung oder eine wissenschaftslogische Perspektive). Die *fundamentale* Erziehungs- und Bildungsarbeit von Eltern und Erziehern an jedem Einzelnen und in der nachwachsenden Generation ist die Grundlage aller späteren individuellen und sozialen pädagogischen Prozesse. Durch sie wird für „Sitte und geistige Tradition in den Einzelnen“ (ebd.) der Grund gelegt, auf den auch alle spätere politische Volksbildungsarbeit aufbauen muß. Ohne die „eigentümliche Produktivität und Selbständigkeit des Erziehers im Moment der [erziehlischen] Arbeit“ (ebd.) findet die grundlegende Erziehung und Bildung des Menschen gar nicht statt; denn sie ist nur möglich im „pädagogischen Bezug“ zwischen *Individuen*. – Sodann ist die „pädagogische Autonomie“ ein *politisches Prinzip*. Werden Erziehungs- und Bildungsaufgaben in öffentlichen *Ämtern* wahrgenommen und geschieht dies im öffentlichen Auftrag einer weltanschaulich-pluralistischen Gesellschaft, dann darf sich die pädagogische Amtsführung nicht an *einer* partikularen weltanschaulichen oder politischen Position orientieren und deren Zielsetzungen zum Orientierungspunkt der eigenen pädagogischen Praxis machen. Wenn kein gesellschaftlicher Konsens über die inhaltliche Bestimmung und Ausgestaltung der pädagogischen Aufgaben und Ämter besteht – und davon ist in der staatlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit auszugehen –, dann kann sich zwar die Pädagogik nicht aus dem politischen System hinaushebeln, und sie sollte auch die faktischen politischen Einflüsse, denen sie unterliegt, nicht ignorieren oder verkennen. Aber sie hat dann die Aufgabe, darauf zu achten, daß ihr spezifisch pädagogischer Auftrag nicht politisch instrumentalisiert wird. Deshalb kann ihre Autonomie immer nur *relativ* sein, und deshalb ist sie eine „*Notstandsmaßnahme*“ (S. 109, Hervorhebg. im Orig.) im Widerstreit der politischen und weltanschaulichen Parteien. Praktisch gesehen konnten sich die Volksbildner weder am Marxismus noch am Liberalismus noch an den kulturpolitischen Kompromißformeln wechselnder Koalitionen orientieren (ebd.). Diese Situation nennt FLITNER „*entleerte Politik*“, der sich eine „*erfüllte Pädagogik*“ nicht unterordnen konnte (ebd., „erfüllt“ im Sinne von expliziter pädagogischer Intention). Daher auch hier wieder das Paradox wie auf der Ebene der Inhalte: „Sie (die Volksbildungsarbeit) konnte nur eine künftige Politik *in der Weise des Erziehers* vorwegnehmen!“ (ebd.) FLITNER konnte hier unmittelbar auf seine eigene Volksbildungsarbeit in der Jenenser Volkshochschule seit 1919 verweisen oder die von EDUARD WEITSCH an der Heimvolkshochschule Dreissgacker.³¹

Und dann folgt im FLITNERSchen Text die folgende Passage, die auf den ersten Blick nicht nur anstößig erscheinen könnte, sondern für RANG (1986) der Beleg dafür ist, daß FLITNER die Reformpädagogik den Nationalsozialisten auszuliefern gedachte: „Sobald Politik das wieder wird, was sie im platonischen und christlichen Sinne sein soll, *sobald und soweit* der Begriff des Politischen wieder erfüllt ist, wird die *Unterordnung der Pädagogik unter die Politik* gerade als der Weg gesehen werden, das Eigentümliche des pädagogischen Wirkens zu entfalten.“ (S. 109, Hervorhebg. im Orig.). FLITNER teilt nicht den Politik-Begriff etwa von CARL SCHMITT oder HANS FREYER – Freund-Feind-Polarisierung, Feindschaft und Kampf als Grundkategorien des Politischen (statt Verständigung und Friede), die Trennung von Moral und Politik; Führerkult und ‚totaler‘ Staat *über* den gesellschaftlichen Interessen; Pathos von „Volk“, „Tat“ und Krieg³² –, sondern versteht Politik im platonischen und christlichen Sinne als Verwirklichung von Gerechtigkeit in einem „guten Staat“, der dem Glück seiner Bürger dient; im Gesetzesstaat, der dem Gemeinwohl dient und in der Tugendhaftigkeit mündiger Bürger gründet; als christlich geprägtes Gemeinwesen, für dessen aktuelles Verständnis FLITNER auch hier wieder auf das „Altonaer Bekenntnis“ hätte verweisen können. „Sobald und soweit“ *dieser* Begriff des Politischen wieder „erfüllt“ sei – sobald also das genaue Gegenteil der aktuellen Situation eingetreten ist: das Ende des Bürgerkriegs, das Ende des selbstzerstörerischen Parteienstreites, das Ende totalitärer Weltanschauungen –, kann nach FLITNER das „Eigentümliche des pädagogischen Wirkens“ wieder zur Entfaltung gebracht werden durch „die Unterordnung der Pädagogik unter die Politik“: nämlich durch die

Unterordnung unter einen kultur- und gemeinschaftsfördernden Staatswillen, in den Traditionen des europäischen Humanismus, von dem zu distanzieren die Pädagogik in ihren Zielsetzungen keine Veranlassung haben würde, weil er sie in seinem und in ihrem eigenen Sinne fördern würde.

Man mag in einem staats-, gesellschafts- und politiktheoretischen Sinne WILHELM FLITNER romantische Volksgemeinschaftsvorstellungen vorhalten, gegen die HELMUTH PLESSNER sein Büchlein „Die Grenzen der Gemeinschaft“ (1924) offenbar dann vergeblich geschrieben hätte; seine Vorstellungen von der Harmonie eines „Volksganzen“ jenseits aller Interessen- und Klassengegensätze mag man der Illusion zeihen. Aus seiner Berufung auf die antik-christlichen abendländischen Staats- und Gesellschaftstheorien wird man jedoch eines *nicht* schlußfolgern können: eine pro-nationalsozialistische Option. Man mag das pädagogische Prinzip der Vorwegnahme als Sisyphusarbeit belächeln oder betrauern; man mag das Insistieren auf der „relativen pädagogischen Autonomie“ als politische Blauäugigkeit denunzieren: aber welches wären denn die Alternativen, die *nicht* jene mißlichen Konsequenzen hätten, auf die FLITNER verweist? Die „pädagogische“ Praxis des Dritten Reiches bestätigte FLITNERS Einwände und Warnungen auf der ganzen Linie.

Die „Machtfrage“ ist entschieden: die Pädagogik hat keine eigene Machtgrundlage, und die Inhaber pädagogischer Ämter haben es ebenfalls nicht; wo politische und gesellschaftliche Mächte in Staat und Gesellschaft ihren pädagogischen Auftrag und sein Eigenrecht nicht respektieren und unterstützen, ist sie dem Mißbrauch schutzlos ausgeliefert.

Wäre es demzufolge nicht das allein Angemessene und Konsequente gewesen, die „Erziehung“ nach dem 5. März 1933 einzustellen, zumal die Stimmen, die das neue Regime und seine „Pädagogik“ begrüßen würden, unvermeidlich zunehmen mußten und sich auch in der „Erziehung“ Gehör verschaffen würden? Wie ist im Herausgeberkreis über diese Fragen im Jahre 1933 gedacht worden?

III. Die Diskussion über die Zukunft der „Erziehung“ im Herausgeberkreis im Jahre 1933 – Eine Dokumentation³³

Es ist aufschlußreich, bezüglich der Haltung der Herausgeberschaft und der Schriftleitung der „Erziehung“ im Jahre 1933 einen Blick in die Korrespondenzen zu werfen, die die Herausgeber untereinander führten sowie mit dem Verlag Quelle & Meyer in Leipzig, vertreten durch Dr. HEINRICH MEYER. Im folgenden werden Auszüge aus diesen Korrespondenzen dokumentiert, die in unserem Zusammenhang nach dem Vorgehenden keiner weiteren Kommentierung bedürfen.

Zitiert wird nach den handschriftlichen Originalen oder nach maschinenschriftlichen Abschriften; wo Anrede- und Schlußformulierung fehlen, handelt es sich um Auszüge; daher werden Auslassungen nicht am Anfang und Ende, sondern nur innerhalb des zitierten Textes markiert.

FLITNER an SPRANGER, 19. 4. 1932

KRIECK nun aufzufordern, scheint mir nach dem neuesten Buch ebenso unmöglich wie zuvor; aber auch die ganze national-sozialistische Gruppe kommt wohl für eine

Mitarbeit in der Erziehung ebenso wenig in Betracht wie die dogmatischen Sozialdemokraten, Kommunisten usw. Sicher wird es auch da eine besonnene und humane Minderheit geben, aber ich habe leider noch keine Namen nennen hören; werde mich aber weiter umtun und bitte Sie um das Gleiche.

FLITNER an LITT, 10. 12. 1932

Die Stellungnahme unserer Zeitschrift zu der pädagogischen Literatur der Nationalsozialisten muß doch von allen Mitherausgebern grundsätzlich überlegt werden, und das kann nur aus Anlaß eines konkreten Falles geschehen.*

*Es handelt sich um die Auseinandersetzung mit ERNST KRIECK.

FLITNER an QUELLE & MEYER, 21. 2. 1933

Ich bin am Sonnabend zu Herrn Professor SPRANGER nach Berlin gefahren, weil sich schwierige Fragen der Redaktion, die durch die politischen Ereignisse entstanden, schriftlich nicht gut klären ließen, zumal wir ja beide am Semesterschluß für Korrespondenz nur beschränkt Zeit finden. Ich habe in einer mehrstündigen Unterhaltung mit Herrn SPRANGER die Gesamtlage durchgesprochen, und wir sind zu einer klaren Stellungnahme, wenigstens für die nächste Zeit gekommen. Wir werden danach vermeiden, den Nationalsozialismus in offenkundiger Art anzugreifen und vorläufig versuchen, durch vorsichtige kritische Beiträge auch den Leser dieser Gruppe heranzuziehen, ohne ihn zu verhärten, natürlich auch ohne von der Objektivität, die unsere Zeitschrift bisher ausgezeichnet hat, im geringsten abzugehen.

QUELLE & MEYER an FLITNER, 23. 2. 1933

Mit großem Interesse höre ich, daß Sie mit Herrn Professor SPRANGER in Berlin die politische Lage erörtert haben. Wir sprachen ja vor längerer Zeit schon über die veränderte Lage, und damals waren Sie zu meiner Freude bereit, der neuen politischen und pädagogischen Richtung Rechnung zu tragen. Es wird das auch m. E. gar nicht zu vermeiden sein. Eine Fülle neue Aufgaben werden in nächster Zeit auf pädagogischem Gebiet in Gang kommen, zu denen sich die „Erziehung“ sicher nicht ablehnend verhalten kann. Ich weiß nicht, wie Sie zu der jetzigen Regierungsbildung stehen. Ich meine, daß sie die letzte Rettung für uns alle bedeutet und daß sich deshalb niemand ihren Bemühungen zur völkischen „Erziehung“ verschließen darf, selbstverständlich unter Wahrung des wissenschaftlichen Charakters unserer Zeitschrift.

QUELLE & MEYER an FLITNER, 6. 3. 1933

Heute lasse ich Ihnen in Abschrift eine Karte von Herrn Lehrer [. . .] zugehen, der die „Erziehung“ abbestellt, weil sie eine entschiedene Fühlungnahme und Auseinandersetzung mit Geist und Wesen des neuen nationalen Deutschland vermissen

läßt.* Ich glaube, wie ich Ihnen schon unlängst andeutete, daß wir diese Fragen in unserem Programm unbedingt aufnehmen müssen, besonders nach dem neuesten Wahlergebnis. Sehr zweckmäßig würde ich es finden, wenn wir einmal ein ganzes Heft über diesen Fragenkomplex bringen könnten.

*Zur Begründung der Abbestellung des Abonnements der „Erziehung“ heißt es: „Aber ich vermisste jetzt in der ‚Erziehung‘ eine entschiedene Fühlungnahme und Auseinandersetzung mit dem Geist und Wesen des neuen nationalen Deutschland und seiner Kultur bzw. seinem Kulturstreben. Ich habe mich deswegen zum Abonnement der ‚Tat‘ entschlossen.“

FLITNER an NOHL, 7. 3. 1933

Gegen die KRIECK-Rezension von BLÄTTNER hat Herr SPRANGER Bedenken erhoben, die ich einsehe.* Er meinte, daß man KRIECK nicht als wissenschaftliches Buch nehmen könne, sondern die Kritik tiefer an dem Willen ansetzen müsse, der sich da ausspricht, und das tut BLÄTTNER nicht. Die Rezension könnte also erst kommen, wenn eine ernste positive** Auseinandersetzung mit KRIECK, HÖRDt und der ganzen Richtung vorangegangen ist.

Den Beitrag von NETZER über die Überparteilichkeit in der Erwachsenenbildung bitte ich zurückstellen zu dürfen, bis zu unserer Besprechung. Ich habe NETZER bereits darüber geschrieben.*** Es scheint mir jetzt nicht günstig, unsere alten Neutralitätsthesen in dieser noch wenig veränderten Fassung noch einmal vorzutragen. Sie muß viel inhaltlicher und in viel größerem Maßstab verkündet werden. Den Vierjahresplan dafür stellen wir besser mündlich auf.

*Der Text von BLÄTTNER wurde dann in der „Erziehung“ auch nicht veröffentlicht.

**„Positiv“ bedeutet im damaligen Sprachgebrauch hier nicht das Gegenteil zu „negativ“, sondern „in der Sache“.

***Der Beitrag von NETZER ist auch in überarbeiteter Form in der „Erziehung“ nicht erschienen; NETZER hat bei NOHL in Göttingen promoviert, seine Dissertation „Das pädagogische Problem der Überparteilichkeit“ erschien als Heft 24 der „Göttinger Studien“, Göttingen 1933.

FLITNER an SPRANGER, 7. 3. 1933

Die politischen Ereignisse machen mir schweren Kummer, und ich muß damit kämpfen, mir die besonnene und beherrschte Ansicht der Dinge anzueignen, für die Sie mir in der Besprechung neulich zum Vorbild geworden sind.

LITT an FLITNER, 25. 3. 1933

Lieber Herr FLITNER!

Der Schluß des Aufsatzes von HAVENSTEIN* enthält einige Sätze, von denen ich glaube, daß sie der Anlaß zum Einschreiten gegen die „Erziehung“ geben würden. Ich meine: so leicht wollen wir es doch den uns Übelwollenden nicht machen, uns den Mund zu schließen! Ich schlage vor, die Sätze durch einige vorsichtiger gefaßte

zu ersetzen. Natürlich wissen wir, daß das besagte Schicksal uns damit nicht erspart zu sein braucht!

Mit herzlichen Grüßen

Ihr TH. LITT

*Es handelt sich um den Aufsatz von MARTIN HAVENSTEIN: Autorität und Liberalität, im Jahrgang 8 (1932/33), S. 551-570.

SPRANGER an QUELLE & MEYER, 25. 3. 1933

Herr Kollege FLITNER hat mir Ihren Brief vom März* im Original mitgeteilt. Ich kann nicht verschweigen, daß er mich mit dem äußersten Befremden erfüllt. Sie werden ja schwerlich angenommen haben, daß eine kulturell führende Zeitschrift *ausschließlich* vom Geschäftsstandpunkt redigiert werden kann. Die Wendung von der „automatischen“ Umstellung im 2. Absatz ist vielleicht nur eine unglückliche Ausdrucksweise. Immerhin bin ich mit Bezug auf die Tendenz, die Sie mit der Zeitschrift verfolgen, so grundsätzlich unsicher geworden, daß ich mich bereit erkläre, von der Redaktion zurückzutreten. Sie finden ohne Zweifel einen Nationalsozialisten, der sie zeitgemäß bedient und der Konkurrenz von Diesterweg zuvorkommt. Ich muß es grundsätzlich bestreiten, daß der von mir in der Unterredung mit Herrn Kollegen FLITNER eingenommene Standpunkt überholt sei. Mein Standpunkt ist national gewesen und bleibt es. Wertvolle nationalsozialistische Äußerungen würden von uns gewissenhaft geprüft und nicht um ihres Standpunktes willen zurückgewiesen werden. Sie wissen aber selbst, daß Nationalsozialisten nur für ihre eigenen Organe schreiben. Sollten Sie das bisherige Vertrauen zu mir nicht aufrecht zu erhalten in der Lage sein, so werden Sie in mir kein Hindernis für Ihre geschäftlichen Interessen finden. Allerdings werden Sie es wohl auch verstehen, daß ich dann sogleich mit einem anderen Verlag und in anderem Rahmen über die Begründung einer Zeitschrift in Verbindung treten müßte. Denn es ist nicht meine Art, den Standpunkt, dem ich mich innerlich verpflichtet fühle, preiszugeben, weil die allgemeine Strömung in anderer Richtung geht.

* Der Brief von QUELLE & MEYER an FLITNER datiert vom 27. Februar, nicht vom März. Der Verlag hatte den Rückgang der Abonnenten beklagt und auf eine stärkere Berücksichtigung der Gymnasiallehrer als Leser sowie der neuen politischen Lage gedrungen.

LITT an SPRANGER, 26. 3. 1933

Es hat sich gut getroffen, daß ich unabhängig von Ihnen mit Dr. MEYER ein Telefongespräch hatte, in dem ich ähnlich wie Sie auf die Grenzen hinwies, die wirklichen Männern durch ihre Überzeugungen gesetzt sind. Sollten Sie mit dem Rücktritt Ernst zu machen sich genötigt fühlen, so lassen Sie es mich bitte vorher wissen, denn es fällt mir dann natürlich nicht ein, meinerseits weiter mitzumachen. Ich glaube allerdings, daß Herr MEYER sich besinnen wird. Mir ist die Zusammenarbeit mit seinem Verlage durch diese Fixigkeit der „Umstellung“ sowieso verleidet. Überhaupt bin ich bis zum Rande mit Ekel angefüllt angesichts dessen, was an menschlicher Gemeinheit bei den Konjunkturausnützern hervortritt.

FLITNER an SPRANGER, 27. 3. 1933

Ich habe mich die letzten drei Tage sehr mit der Frage unseres April-Heftes gequält. Während ich den Umbruch las, wurde es mir ganz klar, daß wir mit einem solchen Heft das neue Halbjahr nicht eröffnen können.* Die Ereignisse des 5. und 21. März sind doch so aufwühlend für jeden Deutschen, daß er von einer Zeitschrift enttäuscht sein muß, die in einem solchen Augenblick nur mit Einschränkungen und Warnungen sich vernehmen läßt. Unsere Zeitschrift hat doch wie ich glaube für viele Pädagogen im Land die Funktion eines Seelenführers mit übernommen, wenn auch gegen ihre wissentliche** Absicht. Ich habe nun mit dem Verlag gesprochen, der bereit ist, das Heft noch einmal umbrechen zu lassen, und ich möchte Sie bitten, doch ein paar Seiten oder Zeilen für den Anfang des Heftes zu schreiben. Die Herausgeber müssen sich äußern, wenn nicht Mißverständnisse über unsere Haltung aufkommen sollen. Um auch meine Pflicht zu tun, habe ich mich gestern noch daran gemacht, einen kleinen Text aufzusetzen, den ich dem Ihrigen folgen lassen würde; ich hoffe, ihn heute abend an Sie schicken zu können.***

Ferner habe ich den Aufsatz von Beutler (Lehrer im Boberhaus, „Schlesische Jungmannschaft“ in der „Deutschen Freischar“) über die junge Generation an den Verlag geschickt. Mit diesen Aufsätzen würde eine positive, wenn auch kritische Stellung zu der neuen Wendung der Dinge an den Anfang gestellt.****

*Zur Heftplanung siehe unten Anm. 2.

**„wissentlich“ verbessert aus „wissenschaftlich“.

***Es handelt sich um FLITNERS oben analysierten Aufsatz „Die deutsche Erziehungslage nach dem 5. März 1933“ sowie um SPRANGERS oben ebenfalls diskutierte Abhandlung „März 1933“.

****Im Anschluß an den Aufsatz von FLITNER erschien im gleichen Heft die Abhandlung von HEINZ BEUTLER: Die junge Generation und die pädagogische Aufgabe, S. 416–428.

LITT an FLITNER, 29. 3. 1933

Daß SPRANGER es deutlich an Dr. MEYER geschrieben hat, ist hocherfreulich. Es traf sich gut, daß ich unabhängig davon in einem Telefongespräch gleichfalls auf die Grenzen hinwies, die Männern mit eigenen Überzeugungen gesetzt sind, und einen eventuellen Wechsel des ganzen Herausgeberstabes als von seinem Standpunkte aus ratsam bezeichnete.

Die positive Wendung, die Sie der neuen Nummer geben wollen, begrüße ich durchaus, dsgl. Ihren Aufsatz. Daß zwischen den Zeilen viel an Sorgen und Protesten steht, merkt ja der Kundige trotzdem. Ich mache kein Hehl daraus, daß sich bei mir die Sorgen jeden Tag verdichten und vervielfältigen. Was sagen denn die anderen Mitherausgeber zur Lage?

FLITNER an LITT, 30. 3. 1933

Die Schriftleitung macht für die nächsten Hefte außerordentliche Schwierigkeiten, weil eine Zeitschrift, die nicht auf die bewegenden Fragen eingeht, jetzt kein

Interesse mehr findet und andererseits die zur Verfügung stehenden Manuskripte nicht gut geeignet sind.

FLITNER an SPRANGER, 30. 3. 1933

Wie ich Ihnen schon schrieb, macht mir die Redaktion der nächsten Hefte ganz besondere Schwierigkeiten. Das Aktuelle ist alles zu wenig spruchreif, gediegene wissenschaftliche Abhandlungen, die über dem Zeitgeschehen stehen, fehlen leider. Dafür gibt es eine Menge des Zweifelhaften; [. . .]

FLITNER an SPRANGER, 3. 4. 1933

Mit Ihrem Manuskript bin ich nicht nur einverstanden, sondern sehr erfreut, daß ich so mit Ihnen gehen kann. Nur eine Bitte habe ich: den Namen ADOLF HITLERS aus dem Aufsatz fortzulassen und die Stelle auf der 4. Manuskriptseite, in der auch das Wort vom deutschen Frühling steht, zu ändern. Die Gründe, die mich zu dieser Bitte bewegen, sind religiöser Art; ich möchte mich mit Ihnen einmal darüber aussprechen, sie aber nicht im Brief erörtern.

Die von Ihnen notierten Stellen in meinem Manuskript habe ich geändert und hoffentlich Ihren Sinn getroffen.

SPRANGER an FLITNER, 16./20. 4. 1933, Vertraulich!

Seit wir uns mündlich ausgesprochen haben, ist so viel geschehen, daß die Voraussetzungen von damals an keiner Stelle mehr zutreffen. Leider würde wohl eine neue Aussprache uns zwar seelisch wohl tun, aber keine z. Z. wirkungsfähige Realität schaffen können.

Wir müssen wohl unsre Zeitschrift fortführen, bis Gewalt es uns unmöglich macht. [. . .]

Die tiefergehende Frage wäre die, die ich heut nur vorläufig aufrolle, weil wir die politische Weiterentwicklung wohl noch 14 Tage bis 3 Wochen abwarten müssen: Sollen wir mit dem September-Heft freiwillig schließen? Diese Freiwilligkeit ist ja eigentlich Zwang, wenn niemand mehr seine Überzeugung äußern darf.

Es folgen Korrespondenzen zwischen SPRANGER, LITT und FLITNER sowie dem Verleger über ein Herausgebertreffen (ohne NOHL und FISCHER) Ende Mai, um das weitere Schicksal der „Erziehung“ zu besprechen.

SPRANGER an FLITNER, 15. Mai 1933

Beifolgend sende ich Ihnen für die Juninummer einen kleinen Beitrag.* Er ist aktuell; aber von der Gegenseite wird das niemand merken. Nur Eingeweihte können ihn verstehen.

*Es handelt sich um SPRANGERS Aufsatz „Aufbruch und Umbruch“, S. 529–533; vgl. dazu Anm. 22.

SPRANGER an FLITNER, 9. 6. 1933

Ich habe Anzeichen, daß man auch den wissenschaftlichen Zeitschriften zu Leibe gehen wird (es ist z. T. schon geschehen). Für dieses Semester wird man mir vermutlich keine Fesseln anlegen.* Trotzdem müssen wir die „E.“ mit aller Vorsicht redigieren, zwar zeitgemäß, aber mit einem Minimum von Kritik. Wir wollen also über jeden Aufsatz in Verbindung treten.

*SPRANGER spielt auf die Tatsache an, daß er sein Rücktrittsgesuch vom April zurückgenommen und im Sommersemester 1933 seine Vorlesungen an der Berliner Universität wieder aufgenommen hat.

FLITNER an LITT, 14. 6. 1933

Mit dem letzten Heft der „Erziehung“ habe ich wieder große Schwierigkeiten gehabt. Den Aufsatz von Frau SIEMERING mußte ich so schnell noch hineinbringen, weil ich sonst nichts zur Verfügung hatte. Leider ist die Korrektur der Verfasserin nicht mehr berücksichtigt worden, weil durch eine Adressenveränderung eine Verzögerung eingetreten war. Die Verfasserin ist nun offenbar sehr entsetzt über das, was sie vor einigen Wochen geschrieben hat, und so wird es dauernd gehen. Ich bekomme von Freunden Briefe, worin sie mir schreiben, daß ich an meinem Aufsatz im März-Heft unmöglich noch festhalten könnte. Leider kann ich meinen Standpunkt so schnell nicht ändern und verstehe auch nicht, warum andere ihn immer wieder revidieren müssen. Ich ziehe daraus den Schluß, daß eine Fortführung der „Erziehung“ durch mich nicht möglich ist, sofern die Aufgabe beibehalten wird, „die pädagogische Bewegung“ zu schildern. Nach dem 1. Oktober würde ich die Zeitschrift nur fortführen können, wenn sie sich auf das Nichtaktuelle beschränkt (philosophisch-pädagogische und anthropologische Abhandlungen streng wissenschaftlichen Charakters; didaktische Abhandlungen). Ob eine solche Zeitschrift noch Leser findet, bezweifle ich allerdings. Soll die Zeitschrift aktuell bleiben, so muß ich bitten, daß einer der übrigen Herausgeber sich der Schriftleitung annimmt. Herrn Professor SPRANGER habe ich schon darum gefragt. Die Auflösung des katholischen Gesellentages und der Pfingsttagung der bündischen Jugend, der Kampf zwischen dem Reichsbischof BODELSCHWINGH* und den deutschen Christen scheint mir symptomatisch, daß es nur noch um eine Entscheidung in Deutschland geht: zwischen einem Kollektivismus der Masse, in der bolschewistische und romanistisch-zentralistische Motive verknüpft sind – und den echten Deutschen einer gegliederten Volksordnung, die auf ein selbständiges, eigenverantwortliches Volksleben germanistischer Art und protestantischer Freiheit beruht und durch einen starken Staat, der sich auf seine ihm zukommenden Aufgaben [konzentriert], ermöglicht wird. Wenn wir die „Erziehung“ aktuell fortführen wollten, so müßte sie mit aller Schärfe für die deutsche und gegen die kollektivistische Kulturpolitik eintreten, das wäre des Schweißes Wert. Wenn man aber die Dinge nicht beim rechten Namen nennen darf und dann noch aktuell bleiben will, so kommt man in eine Verfassung, in der ich es nicht aushalte.

*BODELSCHWINGHS Wahl zum Reichsbischof scheiterte am Widerstand der Deutschen Christen.

FLITNER an SPRANGER, 14. 6. 1933

Leider habe ich auch mit dem Aufsatz von Frau Dr. SIEMERING Unglück gehabt. Die Nachkorrektur ist nicht mehr rechtzeitig eingegangen, und Frau Dr. S. ist nun offenbar mit der Form des Aufsatzes nicht einverstanden. Ich habe Streichungen angebracht, um den Aufsatz vor politischen Beanstandungen zu schützen, offenbar ist das nicht weitgehend genug gewesen. Ich erhalte auch immer wieder Nachrichten über meinen Aufsatz im März-Heft, worin gesagt wird, daß ich den Aufsatz heute so nicht mehr schreiben würde. Das letzte Heft hat mir bis zur letzten Stunde unendliche Mühe gemacht. Ich sehe eigentlich keinen Weg, die Schriftleitung in dieser Lage fortzuführen. Wäre es Ihnen möglich, die Schriftleitung der letzten Hefte selbst zu übernehmen*, da Sie von Berlin aus und in Ihrer ganzen Stellung besser als ich beurteilen können, was man noch sagen darf und was nicht. Ich fühle mich darin vollkommen ratlos.

*FLITNER hat offenbar mit SPRANGER nach wie vor den Gedanken erwogen, die „Erziehung“ freiwillig mit dem September-Heft 1933 zu schließen.

FLITNER an QUELLE & MEYER, 14. 6. 1933

Frau Dr. SIEMERING schickt mir den beiliegenden Brief. Die Antwort an Frau Dr. S. lege ich Ihnen zur gefälligen Kenntnisnahme bei. Ich weiß nicht, was man hier nun tun soll. Der ganze Vorfall zeigt mir wieder, daß es fast nicht mehr möglich ist, diese Zeitschrift so zu redigieren, daß sie ihrer Aufgabe treu bleibt in einer Zeit, die eine selbständig gefundene freie und verantwortungsvoll vorgetragene Meinung der Fachleute nicht mehr zu hören wünscht. Wenn uns nicht ein Verbot zuvor kommt, werden wir wohl mit dem September-Heft das Erscheinen einstellen; denn in dieser Weise kostet mich die Arbeit zu viel Nerven und Aufregung. Die Aufsätze veralten, während sie gedruckt werden, und die das nicht tun, liest heute niemand mehr. Ich habe schon neulich in der Besprechung mit den Herren Professoren SPRANGER und LITT die Meinung vertreten, daß die Zeitschrift eigentlich nur noch tragbar ist als „Zeitschrift für Erziehungswissenschaft“ – d. h. sie müßte jede Bezugnahme aufs Aktuelle vermeiden und sich lediglich an das Gelehrteninteresse wenden, wenn man sie überhaupt fortführen will. Wir müßten darüber einmal in Ruhe sprechen können. Ich habe auch schon erwogen, ob nicht Herr Professor SPRANGER die Schriftleitung von jetzt ab übernehmen sollte.

SPRANGER an FLITNER, 22. 6. 1933

Ehe ich zu den mir übersandten Mss. mich im einzelnen äußere, erlaube ich mir, Sie auf ein *neu* beigefügtes aufmerksam zu machen, das mir gerade gestern zugegangen ist: FRIEDRICH FELD, „Moderner Humanismus und Berufsbildung in der national-politischen Erziehung“. Der Vf. hat es nicht gerade für unsre Zeitschrift *bestimmt*, möchte aber meinen Rat wegen der Veröffentlichung. Ich nehme an, daß er nachträglich seine Zustimmung gern gäbe, falls auch Sie für den Abdruck bei uns Neigung haben. Ich möchte Ihnen die baldige Veröffentlichung sehr empfehlen. Für Mängel der Arbeit bin ich nicht blind: sie harmonisiert die Gegensätze doch zu

leicht; sie arbeitet mit all zu viel Zitaten und sie ist überhaupt nicht original-kräftig. Aber sie bringt Gesichtspunkte zur Geltung, deren Verteidigung uns wichtig sein muß, und zwar inmitten eines Zusammenhanges, der unzweideutige Bekenntnisse zum Nationalsozialismus enthält.*

*Der Aufsatz erschien im gleichen Jahrgang der „Erziehung“, S. 620–642.

QUELLE & MEYER an FLITNER, 20. 6. 1933

Der Gedanke, die „Erziehung“ in eine „Zeitschrift für Erziehungswissenschaft“ umzuwandeln, widerspricht dem Programm und dem ganzen bisherigen Charakter der Zeitschrift. Ich würde auch einen solchen Entschluß für höchst unglücklich halten, denn es ist ausgeschlossen, bei einer Zeitschrift für Erziehungswissenschaft den bisherigen Abonnentenstand zu erhalten. Gerade der aktuelle Charakter hat den Erfolg der „Erziehung“ in Verbindung mit der Gediegenheit der Aufsätze und dem wechselnden Inhalt herbeigeführt. An diesem Grundsatz, den Sie mit so viel Glück in all den Jahren durchgehalten haben, muß man m. E. festhalten. Auch Diejenigen, die anfangs dem neuen Staat mit großen Bedenken gegenüberstanden, werden immer mehr mit ihm zusammenwachsen und sich mit seinen Forderungen abfinden. Deshalb wird auch für Sie die Redaktion immer leichter sein. [. . .]

Ich glaube, Sie sollten nicht wegen der Zukunft so bedenklich sein. Je weiter sich die Verhältnisse festigen, je mehr in die leitenden Stellen bewährte Herren einrücken, desto leichter wird es Ihnen sein, Aufsätze, die den neuen Dingen Rechnung tragen, zu bekommen. Dabei denke ich keineswegs etwa an eine Einstellung, wie man ihr heute bei den Lehrer-Zeitschriften oder in der Tagespresse begegnet. Ich glaube, daß es nicht lange dauern wird, daß eine solche klischeehafte Einstellung langweilig wird und daß man froh sein wird, in der „Erziehung“ Aufsätze zu finden, die eine selbständige Auffassung zeigen, immer unter der Voraussetzung, daß sie nicht feindlich eingestellt sind. An ein Verbot glaube ich nicht, dazu sind die bisher erschienenen Aufsätze doch zu sachlich begründet.

Ich kann Ihnen deshalb nur zurufen: „Halten Sie aus!“ Je weiter sich die Dinge entwickeln, je klarer das neue Erziehungswesen und die Lehrerbildung sich abzeichnen wird, desto leichter wird es für Sie sein, Arbeiten über praktische Unterrichtsfragen zu bekommen. Nur der Übergang ist sehr schwer.

FLITNER an NOHL, 13. 7. 1933

Sie sind also wieder in Göttingen und es besteht Aussicht, daß wir uns endlich einmal sprechen können. Des Erlebten ist so viel, daß keine briefliche Mitteilung mehr möglich ist sich offenherzig zu besprechen. Lassen Sie uns doch ein Treffen verabreden, [. . .]

Unser Freundeskreis, wir alle sind schwer betroffen. Im Grunde sind es Ideen, die wir mit ausgebrütet haben, die nun Deutschland ein Gesicht geben, das leider auch sehr fremdartige Züge hat. Ich bemühe mich, das Gute und Deutsche darin zu sehen und mich ihm verpflichtet zu sehen – aber . . .

Die „Erziehung“ macht eine Qual wie nie, und ich bin dabei, sie ganz aufzugeben. Vorläufig widerstreben SPRANGER und LITT, aber sie übersehen nicht, wie unser Mitarbeiterkreis geschmolzen ist.

FLITNER an LITT, 19. 7. 1933

Im August müßten wir uns über die Fortführung der „Erziehung“ doch noch einmal besprechen.

*LITT an FLITNER, ohne Datum**

Ich möchte Ihnen schon jetzt meinen Vortrag (München): „Die Stellung der Geisteswissenschaften im nationalsozialistischen Staat“ (!) ankündigen. Wahrscheinlich wird er wegen gewisser Quertreibereien (gegen die ich scharf aufgetreten bin) nicht gehalten werden, aber es wird mir eine Wollust sein, ihn dann erst recht (unter gleichem Titel) zu veröffentlichen. Wollen Sie ihn schon für das September-Heft haben?

* Rückäußerung von LITT an FLITNER auf dessen Originalbriefbogen vom 19. 7. 1933

QUELLE & MEYER an FLITNER, 28. 8. 1933

Ich habe mich in den letzten Tagen wieder stark mit der „Erziehung“ beschäftigt. Es kommen leider sehr viele Abbestellungen herein und ich fürchte, wir werden mit einem größeren Rückschlag rechnen müssen. Die Konkurrenz der neuen Zeitschriften ist recht drückend. Vor allem gilt das von der SCHEMMschen Monatsschrift*, obgleich sie bis jetzt wenig Gutes gebracht hat. Auch die KRIECKsche Zeitschrift**, dem die Lehrer nachlaufen, zieht viele herüber. Ich hatte instinktiv von Anfang an den Eindruck, man müsse stärker zu den pädagogischen Maßnahmen des neuen Staates Stellung nehmen. Ich habe dann eine Zeit durchgemacht, wo ich mir sagte, es ist vielleicht ganz gut, wenn neben den ausgesprochen völkischen Zeitschriften die „Erziehung“ eine objektive Stellung einnimmt. Je mehr sich aber auf allen Gebieten der Nationalsozialismus durchsetzt, habe ich Bedenken, ob die Zeitschrift in ihrer bisherigen Form bestehen bleiben kann. Deshalb freue ich mich, daß Sie offenbar aus dem gleichen Empfinden den Dingen Rechnung tragen wollen.

*Es handelt sich um die von HANS SCHEMM herausgegebene Zeitschrift „Deutsches Bildungswesen“, München 1933 ff.

**Es handelt sich um die von ERNST KRIECK herausgegebene Zeitschrift „Volk im Werden“, die seit 1933 im ARMANEN-Verlag in Leipzig erschien; vgl. dazu die Hinweise zur zeitgenössischen Kritik an der „Erziehung“ unten in dieser Abhandlung.

LITT an NOHL, 3. 9. 1933

Sehr verehrter Herr NOHL!

Ich habe schon den Brief geschrieben, in dem ich meine Stellung als Mitherausgeber kündigte, da gab mir Dr. MEYER am Telephon die Versicherung, daß es sich in der Schriftleiterfrage *nicht* um eine vollzogene Tatsache, sondern um eine zu erwägende Möglichkeit handle. Daraufhin habe ich an FLITNER wegen einer Zusammenkunft der Herausgeber geschrieben, und dieser sich in ähnlichem Sinne an Dr. MEYER gewandt. Wann sie nun stattfinden soll, weiß ich nicht. Nur muß ich Ihnen sagen, daß ich auch so zu der Fortentwicklung der Sache kein Zutrauen habe, überhaupt überzeugt bin, daß die „Ausschaltung“ unseres Kreises an allen Stellen weitergehen wird. Man will heute von unserer Denkweise nichts wissen; KRIECK und die Seinen werden uns auf der ganzen Linie beerben.

Hoffentlich aber kommen wir bald zusammen! Vielleicht zum Psychologen-Kongreß, zu dem A. FISCHER ohnedies hier ist.

Mit den besten Grüßen

Ihr TH. LITT

LITT an SPRANGER, 12.9. 1933

Zu dem Aufsatz* Folgendes:

Der „Vorbemerkung“ habe ich auf den Appell FLITNERS hin eine wesentlich zahmere Form gegeben. [. . .]

Das Übrige habe ich *ernstlich* erwogen, aber doch schließlich nicht geändert. Denn meine innere Stimmung und Haltung ist nach allen Erfahrungen und Kämpfen folgende geworden: wenn man im heutigen Deutschland Derartiges nicht sagen und schreiben darf, dann will ich lieber heute als morgen meinen Posten räumen. Das Existieren in dieser Atmosphäre der Anfeindung, Verleumdung, Knechtung wird mir von Tag zu Tag mehr zur Qual. Ich habe darüber meinem Minister HARTNACKE einen sehr deutlichen Brief geschrieben.

*Es handelt sich um den Text des in München verbotenen Vortrags „Die Stellung der Geisteswissenschaften im nationalsozialistischen Staate“, abgedruckt in der „Erziehung“ im 9. Jg. (1933/34), Oktober-Heft, S. 12–32.

FLITNER an LITT, 14. 9. 1933

Ich habe mir in den Ferien viel Gedanken machen müssen, wie und mit welchen Mitarbeitern die Zeitschrift weiterzuführen sei. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß sie ihre Funktion heute mehr denn jemals hat und durchgehalten werden muß, daß ich aber als verantwortlicher Schriftleiter nicht länger in Frage komme. Ich glaube, daß man eine jüngere Kraft an die Aufgabe setzen muß – jemand, der jetzt mit solcher Tätigkeit so einsetzt, wie ich es vor 8 Jahren gemacht habe. Wenn man

sucht, wird man schon jemand dafür finden, und damit das Suchen energisch vorgenommen wird, will ich dem Verlag kündigen.

FLITNER an QUELLE & MEYER, 15. 9. 1933

Sehr verehrter Herr Doktor [MEYER]!

Ich komme aus den Ferien an meinen Schreibtisch zurück. Unterwegs hatte ich außer an die Redaktion der nächsten Hefte über die Fortführung unserer Zeitschrift gründlich nachgedacht. Ich bin zum Ergebnis gekommen, daß eine Fortführung versucht werden muß, wenn auch mit teilweise anderen Mitarbeitern und einer gründlichen Erweiterung des Nachrichtenteils. September- und Oktober-Heft habe ich einigermaßen in diese Linie hineinzubringen versucht, selbst drei kleine Referate geschrieben, um einmal zu versuchen, in welcher Art sich eine aktuelle und doch wissenschaftliche gute Berichterstattung ermöglichen läßt. Ich habe auch stärker wie bisher mich über die Neuerscheinungen und die anderen Zeitschriften zu orientieren versucht. Das Ergebnis dieser Betrachtungen und Bemühungen ist kurz das, daß ich die zu fordernde Schriftleitertätigkeit nicht länger leisten kann. Ich habe dieses Nebenamt zeitweise etwas zu nachlässig betreiben müssen, weil mein Hauptamt mir keine Zeit ließ – ich habe dann immer wieder aufgeholt, besonders durch meine Vorträge- und Tagungsbesuche, meine Bekanntschaft mit dem Ministerium und mit den Führenden der Jugendbewegung und der Volksbildungsbewegung hat mich immer wieder interessant schreibende und tüchtige Mitarbeiter gewinnen lassen. Alles das ist vorbei; dieser ganze Personenkreis ist entweder fertig mit dem, was er zu sagen hat, oder er muß Ruhe haben, um sich auf die neue Welt umzustellen. Mein Hauptamt fordert meine Kraft ungeteilt; wenn mich die Zeitschrift weiter so viel Zeit kostet wie in den letzten 5 Monaten, so wird sie mein Hauptamt – das geht nicht. Ich muß mich also zu dem schweren Entschluß durchringen und Ihnen hierdurch die Schriftleitertätigkeit kündigen. Das Oktober- bis Dezemberheft kann ich noch herausbringen, wenn Sie es wünschen, sie sind im wesentlichen fertig; den weiteren Jahrgang muß aber eine neue Kraft besorgen.

[. . .] Ungern würde ich meine Verbindung mit der Zeitschrift ganz lösen – nur die Schriftleitung und die Verantwortung kann ich nicht länger tragen.

QUELLE & MEYER an FLITNER, 26. 9. 1933

Nachdem ich mich etwas von dem Schrecken erholt habe, den Ihr freundliches Schreiben vom 15. d. M. bei mir ausgelöst hat, möchte ich auf Ihre Ausführungen zurückkommen. Ich bedaure außerordentlich, daß Sie sich nunmehr endgültig zur Niederlegung der Redaktion entschlossen haben. Gegen die Gründe, die Sie anführen, kann ich nichts einwenden, vor allem nichts gegen den sachlichen Grund, daß der ganze Personenkreis, der bisher in der „Erziehung“ schrieb, fertig ist, mit dem, was er zu sagen hat. Ich habe von vornherein, wie Sie wissen, die große Befürchtung gehabt, daß es dazu kommen wird und habe Sie deshalb gebeten, sich auf die neuen Verhältnisse umzustellen. Leider hat das bei den Herausgebern der Zeitschrift einen Sturm der Entrüstung erregt, und es mußte unterbleiben. Jetzt

zeigen sich die Folgen. Auf der einen Seite ist eine große Reihe nationalsozialistischer Erziehungszeitschriften entstanden bzw. auf breitere Basis gestellt worden, die hohe Abonnentenzahlen aufweisen und das Interesse der Erzieherschaft, die gezwungen ist, sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen, gewonnen haben. Auf der anderen Seite enttäuscht die „Erziehung“ offenbar in zunehmender Weise die Leser unserer Zeitschrift. Ich will Ihnen aus einer Reihe von Stimmen nur zwei mitteilen, damit Sie sehen, worum es sich handelt: [. . .]*

Bei dieser Sachlage glaube ich, daß ein vollständiger Systemwechsel eintreten muß. Selbstverständlich bin ich Ihnen sehr dankbar, daß Sie noch bis zum Dezemberheft die Schriftleitung führen wollen. Der Ausweg, einen der von Ihnen vorgeschlagenen Herren mit der Schriftleitung zu betrauen**, scheint mir nicht gangbar. Damit würde der bestehende Zustand nicht geändert. Wenn aber die „Erziehung“ gerettet werden soll, dann muß sie auf eine vollständig neue Grundlage gestellt werden. In diesem Sinne haben wir heute den Herren Herausgebern geschrieben und Ihnen mitgeteilt, daß wir mit Herrn Ministerialdirektor BUTTMANN (Reichsministerium des Innern) verhandelt haben, weil dieses im heutigen Erziehungswesen die maßgebende Instanz ist. Herr Ministerialdirektor BUTTMANN empfahl uns als Schriftleiter Herrn Senator Dr. VON HOFF, Bremen, der sich auf unsere Anfrage bereit erklärt hat, die Schriftleitung zu übernehmen. Ich hoffe, daß Sie mit dieser Wahl einverstanden sind und daß Sie, wie Sie es in Aussicht stellten, weiter der „Erziehung“ treu bleiben. Hoffentlich bleibt auch Herr Professor SPRANGER der Zeitschrift treu.

*In einer Begründung zur Abbestellung heißt es, die „Erziehung“ stehe „fast ganz außerhalb des heutigen pädagogischen Strebens und Geschehens. Sie stellt weder das pädagogische Gedankengut der nationalsozialistischen Bewegung dar, noch kritisiert sie es von hoher geistiger Warte. Einer von diesen beiden Aufgaben müßte sich aber doch wohl heute jede pädagogische Zeitschrift mindestens widmen. Ich habe den Eindruck, daß der Untertitel, in dem vom Zusammenhang mit dem Leben die Rede ist, nicht mehr stimmt. Das Neue der Zeit findet der Leser in den Ankündigungen des Verlages und nicht in den Abhandlungen.“

**FLITNER hatte seinen Assistenten Dr. PATZSCHKE, dann den früheren Herausgeber der „Freien Volksbildung“, Dr. FRITZ LAACK, und Dr. RUDOLF JOERDEN genannt (JOERDEN hatte 1925 bei NOHL in Göttingen promoviert).

FLITNERS Kündigung war offenbar mit den übrigen Herausgebern nicht abgesprochen worden. SPRANGER reagiert entsprechend vorwurfsvoll und bedauert vor allem den taktischen Fehler, daß der Verleger nun die Initiative in der Hand halte (Brief an FLITNER vom 1. 10. 1933). Daher sind SPRANGER und LITT nunmehr bestrebt, durch eine gemeinsame Konferenz der Herausgeber das geistige Eigentum an der „Erziehung“ zu sichern und nur einen Schriftleiter ihrer Wahl zu akzeptieren, falls FLITNER sich wider Erwarten nicht zur Fortführung der Schriftleitung bewegen läßt. – Aus dem entsprechend regen Briefwechsel dieser Tage die folgenden Auszüge:

QUELLE & MEYER an FLITNER, 28. 9. 1933

Zur Klärung der Angelegenheit muß ich zunächst feststellen, daß Sie uns völlig überraschend gekündigt und uns in die sehr schwierige Lage versetzt haben, in verhältnismäßig kurzer Zeit eine neue Redaktion aufzubauen, um so mehr, als Sie

niemanden wußten, der die Schriftleitung übernehmen könne. Nach Ihrer eingehenden Darlegung blieb uns nichts übrig, als Ihre Kündigung anzunehmen. [. . .]

Ganz besonders hat mich erschüttert, daß Sie keine Möglichkeit mehr sehen, tüchtige Mitarbeiter zu gewinnen, weil der ganze Personenkreis, mit dem Sie bisher arbeiteten, fertig mit dem sei, was er zu sagen habe, und Ruhe haben müßte, sich auf die neue Welt umzustellen.

Diese mangelnde Einstellung Ihrer Mitarbeiter hat offenbar dazu beigetragen, daß die „Erziehung“ den Zusammenhang mit dem Leben verlor, und das in einer Zeit, die eine Umwertung aller Werte heraufführte. Die Leser der „Erziehung“ haben das instinktiv gefühlt, und darauf ist die immer stärker werdende Flucht der Abonnenten zurückzuführen. Während es früher der Vorzug war, daß die „Erziehung“ an der Spitze der pädagogischen Bewegung stand, geriet sie jetzt immer mehr ins Hintertreffen. Die Leser verlangten Führung und merkten genau, daß die Zeitschrift nicht herzhafte zu den Fragen der Zeit Stellung nahm, sondern diese totschwieg.

Nachdem Sie uns gekündigt und den Bankrott Ihrer Mitarbeiterschaft erklärt hatten, wußten wir, daß es so nicht weitergehen könne. Der Zeitpunkt für eine langsame Überführung der „Erziehung“ in die neue Zeit war aus hier nicht zu erörternden Gründen versäumt. Nur eine neue, den gegenwärtigen pädagogischen Ideen aufgeschlossene Schriftleitung und Mitarbeiterschaft kann retten, was noch zu retten ist.

[. . .] Es wird nun die Sache der Herren Herausgeber sein, zu prüfen, ob wirklich nach ruhmreicher Vergangenheit die „Erziehung“ zugrunde gehen soll, oder ob nicht endlich herzhafte andere Wege einzuschlagen sind. Ich könnte mir durchaus denken, daß Herr Professor FISCHER, der nie für die „Erziehung“ etwas getan hat, und Herr Professor NOHL als Herausgeber zurücktreten und Sie, Herr Professor LITT und Herr Professor SPRANGER in der Schriftleitung bleiben, wobei noch einige geeignete neue Herren aufgenommen werden müßten.

QUELLE & MEYER an FLITNER, 30. 9. 1933

Daß die „Erziehung“ Ihre Führung im geistigen Leben Deutschlands verloren hat, geht aus den Ihnen mitgeteilten Urteilen klar hervor. Sie würde die Führung behalten haben, wenn es in den letzten Monaten gelungen wäre, nach und nach den Anschluß an die vollständig veränderte erzieherische Lage zu finden. Das ist aber nicht geschehen, und es ist auf die Dauer unmöglich, daß sich eine Zeitschrift, zu deren Programm es gehört, den Zusammenhang von Kultur und Erziehung in Wissenschaft und Leben zu pflegen, den von auf Grund auf umgestalteten politischen, kulturellen und pädagogischen Anschauungen offensichtlich verschließt.

QUELLE & MEYER an FLITNER, 6. 10. 1933

Uns schwebt vor, daß die Herausgeberschaft der „Erziehung“ neu konstituiert wird, indem Sie, Herr Professor SPRANGER und Herr Professor LITT darin bleiben und ein

oder zwei nationalsozialistische Persönlichkeiten hinzutreten. Auf diese Weise würde die theoretische und praktische Pädagogik miteinander verschmolzen.

SPRANGER und LITT verhandelten Anfang Oktober mit dem Verleger Dr. MEYER: WILHELM FLITNER solle die Schriftleitung fortführen, als „eine Art von Verbindungsmann hinüber zum Nationalsozialismus“ wird „Herr [OSWALD] KROH – Tübingen unverbindlich erwogen“ (Bericht LITTS über seine Unterredung mit Dr. MEYER an FLITNER). Alles weitere soll anlässlich des Leipziger Psychologen-Kongresses zwischen FLITNER, SPRANGER, LITT und MEYER Mitte Oktober besprochen werden, wo auch ALOYS FISCHER und OSWALD KROH zugegen sein können. LITTS Kommentar zu diesem Gesprächsergebnis (brieflich an FLITNER am 9. 10. 1933): „Der beiliegende Bericht sagt alles. An sich würde ich mich wahrhaftig gerne von Dr. MEYER trennen.“ –

FLITNER führt die Schriftleitung weiter.

QUELLE & MEYER an FLITNER, 18. 10. 1933

Heute war Herr Professor SPRANGER bei mir, und ich hörte zu meiner Freude, daß Sie sich bereit erklärt haben, Ihre Kündigung zurückzunehmen und in alter Weise Ihre Schriftleitung weiterzuführen. [...] Ich hoffe, daß wir in gegenseitigem Vertrauen mit der gemeinsamen Arbeit fortfahren können. Vielleicht hat der Gedankenaustausch wenigstens das eine Gute gehabt, daß die „Erziehung“ stärker als bisher sich mit den neuen kulturellen Verhältnissen auseinandersetzt. Schon im nächsten Heft sind verheißungsvolle Ansätze vorhanden.

FLITNER an NOHL, 25. 10. 1933

Am 18. Oktober hat in Leipzig zwischen Herrn Spranger und dem Verleger unserer Zeitschrift eine Aussprache stattgefunden, bei der der Konflikt insofern beigelegt worden ist, als Herr Dr. MEYER sich bereit erklärt hat, die „Erziehung“ in der bisherigen Form, allerdings mit dem verminderten Umfang von 3 Bogen [pro Heft], für diesen Jahrgang fortzuführen, ohne daß ein Herausgeber- oder Schriftleiterwechsel stattfindet. Um diese Lösung zu ermöglichen, habe ich mich bereit erklärt, die Schriftleitung für diesen Jahrgang [1933/34] fortzuführen. Wie ich mich nun einrichten werde, weiß ich noch nicht.

FLITNER an NOHL, 13. 11. 1933

Zum Stand der Entscheidungen über die Manuskripte: aus der letzten Besprechung hat sich ergeben, daß die Zeitschrift beim Verlag lediglich durch Herrn SPRANGERS Eingreifen vorläufig gerettet wurde (Herrn SPRANGERS Stellung hat sich sehr gefestigt, seitdem seine außenpolitische Bedeutung bei den deutschen Stellen bekannter geworden ist). Das hat zur Folge, daß die Zeitschrift jetzt so geleitet werden muß, daß SPRANGER alles decken kann. Ich habe regelmäßige Redaktions-sitzungen mit ihm verabredet und schicke ihm alle Manuskripte, bevor sie in die Druckerei gehen.

Es war zu klären, ob die „Erziehung“ eine wissenschaftliche oder eine politische Zeitschrift sei; denn bei wissenschaftlichen Zeitschriften mußte der Schriftleiter nicht bei der

Reichsschriftumskammer angemeldet werden. Am 8. 1. 1934 schreibt der Verlag an FLITNER:

Nach den neuesten Bestimmungen sind mündliche Abmachungen über das Rechtsverhältnis zwischen Verleger und Schriftleiter schriftlich festzulegen. Bis zum 29. Januar 1934 können die Verleger die Ergänzung des Anstellungsvertrages durch Aufnahme von Richtlinien über die grundsätzliche Haltung der Zeitung oder politischen Zeitschrift verlangen, soweit solche Richtlinien bisher nicht vereinbart waren oder ungültig geworden sind.

Wir glauben, die Frage, ob die „Erziehung“ eine politische Zeitschrift ist, bejahen zu können, denn sowohl der Aufsatz über das Konkordat* wie der vorliegende Aufsatz über Geländesport** gehen auf politische Fragen ein. Wir haben Ihnen gegenüber zur Genüge unseren Standpunkt zur „Erziehung“ klargelegt. Wir wiederholen noch einmal, daß die Zeitschrift nichts bringen darf, was gegen die Bestimmungen der Staatsregierung verstößt, und daß sie in ihrer Richtung mit den Zielen der N.S.D.A.P. übereinstimmen muß.

Da wir, der Verlag, jetzt mit die Verantwortung für den Inhalt tragen, halten wir uns für verpflichtet, Ihnen gegenüber unseren Standpunkt klar zu stellen.

*Es handelt sich um den im 9. Jahrgang (1933/34) erschienen Aufsatz von EUGEN LÖFFLER: Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich, S. 129 ff., 184 ff.

** Dieser Aufsatz ist dann nicht in der „Erziehung“ erschienen.

FLITNER an QUELLE & MEYER, 14. 1. 1934

Die Bestimmungen, auf die Sie sich berufen, waren mir nicht bekannt. Ich wäre Ihnen dankbar für eine Auskunft über Wege, durch die man solche Informationen zuverlässig bekommen kann. Wenn eine Zensur besteht, so muß sie doch auch durch klare Anweisungen die Schriftleitungen erreichen. Ich stelle fest, daß ich bisher von keiner amtlichen Stelle irgendeine Anweisung bekommen habe. [. . .]

Zum Schlußteil Ihres Briefes darf ich bemerken, daß die „Erziehung“ für eine wissenschaftliche Zeitschrift angesehen werden muß, die auch die Bewegungsfreiheit einer wissenschaftlichen Zeitschrift für sich beanspruchen darf. Es ist nicht zu leugnen, daß kulturpolitische Fragen in unserer Wissenschaft angeschnitten werden müssen und daß für solche Fragen die Zensurvorschriften zu kennen, von äußerster Wichtigkeit ist.

Mit Ihrem Grundsatz, „daß die Zeitschrift nichts bringen darf, was gegen die Bestimmungen der Staatsregierung verstößt, und daß sie in ihrer Richtung mit den Zielen der N.S.D.A.P. übereinstimmen muß“, ist die Schriftleitung natürlich vollkommen einverstanden. Die Schwierigkeiten beginnen erst da, wo man die Bestimmungen der Staatsregierung nicht kennt oder wo die Ziele der N.S.D.A.P. vieldeutig sind, was gerade für die meisten der wissenschaftlich zu behandelnden Fragen gilt.

LITT an FLITNER, 21. 1. 1934

Nach diesem Brief* scheint es mir allerdings klar, daß wir uns so bald wie möglich von diesem gesinnungstüchtigen Verleger ablösen müssen. Ich habe Herrn SPRANGER eine Sonntags-Zusammenkunft in Berlin vorgeschlagen, bei der wir das Nähere besprechen können. Deshalb schreibe ich jetzt nichts weiteres. [. . .]

Übrigens ist Ihre Antwort** an MEYER ausgezeichnet, zumal in den Sätzen, die sich auf die „Ziele“ der N.S.D.A.P. beziehen. Aber gegen dergleichen wird der geschäftstüchtige Herr taub sein. Übrigens höre ich von anderen Verlagen ganz ähnliche Dinge! Sie wollen eben alle die Kuh melken.

*Es handelt sich offenbar um den zitierten Brief des Verlags an WILHELM FLITNER vom 8. 1. 1934.

**FLITNER hat offenbar seine Antwort vom 14. 1. an den Verlag dem Mitherausgeber LITT zur Kenntnis gegeben.

QUELLE & MEYER an FLITNER, 9. 3. 1934

Soeben ruft uns Herr Professor BOEHM an und teilt uns mit, daß er gegen Ihre Änderungen in seinem Artikel auf S. 278 ff.* Einspruch erhebt und gegen die Ausgabe des Heftes in der von Ihnen korrigierten Fassung Protest einlegt. [. . .] Wir müssen verlangen, daß der alte Text wieder hergestellt wird, damit für die „Erziehung“ und unseren Verlag Nachteile vermieden werden. Denn Herr Professor BOEHM hat erklärt, daß er, wenn das Heft so erscheint, an die zuständigen Stellen schreiben würde, daß die Änderung ohne sein Einverständnis vorgenommen sei. Da aus den Abänderungen klar ersichtlich ist, daß sie die Würdigung der nationalsozialistischen Leistungen abschwächen sollen, kann der Artikel nicht zur Erörterung zwischen den NSDAP-Stellen, Ihnen und dem Verlag kommen, um so mehr, als unter Umständen für Sie aus dem Schriftleitergesetz große Nachteile erwachsen können. [. . .]

Zum Schluß möchten wir nur bemerken, daß gerade, weil die „Erziehung“ in ihrer Haltung von den übrigen ganz nach dem Nationalsozialistischen ausgerichteten Zeitschriften sich abhebt, alles vermieden werden muß, was Klagen bei den Behörden nach sich ziehen könnte.

*Es handelt sich um die Abhandlung von ERNST BOEHM: Die berufsmäßige Ausbildung der höheren Lehrer während der Studienzeit, 9. Jahrgang (1933/34), S. 278 ff., 333 ff.

FLITNER an QUELLE & MEYER, 10. 4. 1934

Durch die Anfrage des Herausgebers einer anderen wissenschaftlichen Zeitschrift erfahre ich, daß nach dem neuen Pressegesetz ein verantwortlicher Hauptschriftleiter und sein Stellvertreter in der Zeitschrift kenntlich zu machen sind.

Vielleicht haben Sie die Güte, die Bestimmungen daraufhin durchzusehen und eine entsprechende Notiz auf die innere Umschlagseite vom nächsten Heft abzusetzen. Ich würde es für das Richtige halten, wenn Herr Professor SPRANGER sich als der

Hauptherausgeber und Herr Professor LITT als sein Stellvertreter bezeichnen würde. Schon seit längerer Zeit ist das der tatsächliche Zustand: indem ich keine wichtige Entscheidung mehr treffe, ohne mich der Zustimmung dieser beiden Herren versichert zu haben. Ich persönlich möchte nicht als der verantwortliche Hauptherausgeber zeichnen, weil ich ja meine Tätigkeit für die Zeitschrift gemäß den Besprechungen vom letzten Oktober nur als vorübergehende weiterführende Geschäfte bis zur Bestellung eines neuen Geschäftsführers ansehe. Bitte teilen Sie mir Ihre Ansicht über diese Frage mit, damit ich an die Herren SPRANGER und LITT entsprechend schreiben kann.

Es war hier nicht der Ort und Anlaß, die Geschichte der „Erziehung“ im Jahre 1933 und der Redaktionsarbeit nachzuzeichnen. Unerledigt ist auch noch die Aufgabe, über die herangezogenen Beiträge hinaus die geistige Physiognomie der Zeitschrift in dieser Zeit zu analysieren und die Nuancen von Annäherung und Distanzierung im Verhältnis zum „neuen Deutschland“ herauszuarbeiten und systematisch-theoretisch zu interpretieren. Im vorliegenden Beitrag ging es um den Vergleich mit RANGS „Momentaufnahme“. Neben der Interpretation der gedruckten Texte sollte eine Auswahl von Briefauszügen lediglich veranschaulichen und das Bewußtsein dafür schärfen, welche Schwierigkeiten bei der Redaktion der Zeitschrift im Jahre 1933 zu bewältigen waren, welche Kompromisse geschlossen werden mußten, welche Anläufe zu ihrer Vermeidung unternommen wurden, was nicht alles „zwischen den Zeilen“ gelesen werden mußte (und wie kundig man sein mußte und muß, um zwischen den Zeilen überhaupt etwas lesen zu können!), wie der Vergleich zwischen dem Veröffentlichten und dem privat Geäußerten Strategien der Tarnung offenbart und demzufolge – unter der Voraussetzung eines totalitären Regimes – zur Vorsicht gemahnt bei der Formulierung historischer Werturteile, wenn verurteilende Wertungen vermieden werden sollen.

Der Verleger und viele Leser der „Erziehung“ vermißten in der Haltung dieser Zeitschrift die positive Stellungnahme zum Nationalsozialismus. Wie die Briefwechsel ausweisen, verlegte sich die Redaktion unter dem Einfluß von SPRANGER aufs Taktieren und auf Kompromisse; freiwillig sollte die eigene Position nicht geräumt werden. Wäre es nach FLITNER (und wohl auch LITT) gegangen, hätte die Zeitschrift mit dem September-Heft 1933, dem letzten des 8. Jahrgangs, ihr Erscheinen eingestellt.

Die nationalsozialistischen pädagogischen Zeitschriften haben die „Erziehung“ und ihre Position schlichtweg ignoriert; in den offiziellen Bibliographien des nationalsozialistischen Schrifttums werden ihre Beiträge nicht verzeichnet (mit Ausnahme des Aufsatzes von LITT vom Oktober 1933, der vom Titel her offenbar für eine Äußerung im Sinne des neuen Regimes gehalten wurde). ERNST KRIECK äußert sich in seiner Zeitschrift „Volk im Werden“ abfällig über NOHLS Darstellung „Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie“, die 1936 als selbstständige Buchausgabe erschienen war (KRIECK 1936).

„NOHLS Buch gehört dahin, wo es entstanden und erschienen ist, an das Ende der liberal-humanistischen Zeit und ihre Pädagogik. Es ist schon insofern Denkmal einer

ausgehenden Epoche, als es dem ‚Handbuch der Pädagogik‘ angehört, das wider Willen eben Abschluß und Zusammenfassung jener Zeit in der Pädagogik darstellt.“ (S. 459) NOHLS Bildungstheorie, sein Konzept der Autonomie der Pädagogik (sic!), sein Verständnis des Politischen sowie der Erziehungswirklichkeit und „des Erziehers“ – dies alles ist für KRIECK von Grund auf verkehrt und überholt. „NOHLS Buch gehört dem Weimarer Zwischenreich und seinem ‚pädagogischen‘ Epigontum an und hat mit der ‚Gegenwart‘ im Ansatz schlechthin nichts zu tun. Die Erziehungsaufgabe der Gegenwart heißt ADOLF HITLER: er hat die Erziehung im Dritten Reich verkündet und zur Wirklichkeit gemacht.“ (S. 461) Auf dem Boden der „famosen Autonomie“ ergibt sich eine *fiktive* Pädagogik. „Hier haben wir . . . das ganze Arsenal der liberalen Literatenphrasen, die mit der Wirklichkeit in Erziehung und Schule *niemals* etwas zu tun hatten und heute erst recht nichts zu tun haben. Übriggeblieben ist ein völlig leeres Wortgerassel mit einer Tendenz gegen den Nationalsozialismus. Wo leben denn diese Leute eigentlich?“ (ebd.) Jedenfalls nicht in der ‚geistigen Welt‘ eines ERNST KRIECK . . .

Eine Betrachtung der „Erziehung“ im Jahre 1938 aus nationalsozialistischer Sicht zeigt (LEHMANN 1938) – aufgrund einer Bezugnahme insbesondere auf die Beiträge von FLITNER und LITT aus dem Jahre 1933 –, daß sie der ‚Gegenwart‘ nichts mehr zu sagen hat: „die Pädagogik des neuen Deutschland hat kein Interesse mehr daran, sich geisteswissenschaftlich ‚begründen‘ zu lassen. Der politische Erzieher weiß, daß zu einer sehr bestimmten Praxis auch eine sehr bestimmte Theorie gehört, und daß diese nicht auf Voraussetzungen ruhen kann, die einer von ihm abzulehnenden Vergangenheit entstammen.“ (S. 239)

Mißverständnisse über den Standort der „Erziehung“ hat es auch ohne Kenntnis der Redaktionsinterna bei den Zeitgenossen nicht gegeben (sie blieben einigen späteren Interpreten vorbehalten). Es kann kein Zweifel sein, daß es gleich am Beginn der Nazizeit neben dem Aufsatz von THEODOR LITT besonders die beiden Stellungnahmen von WILHELM FLITNER waren, die dies bewirkten.

Anmerkungen

- 1 Hinweise auf die Geschichte der „Erziehung“ bei FLITNER 1976, S. 171, 186; FLITNER 1986, S. 367–375; sowie OTT 1971, 1982, 1984.
- 2 Für das April-Heft waren vorgesehen die Beiträge von
 MÜLLER: Zur Organisation der höheren Schule (später offenbar zurückgezogen)
 HAVENSTEIN: Zur Theorie der Erziehung, besonders zur Frage der nationalen Bewegung (erschien u. d. T.: Autorität und Liberalität, im Juni-Heft, S. 551 ff.)
 BLOCHMANN: Organisation der Mädchenbildung (u. d. T.: Die Krisis der Frauenbildung, im April-Heft, S. 429 ff.)
 KLEMPERER: Unterrichtsfragen auf romanistischem Gebiet (verschoben auf das Juni-Heft, S. 570 ff.)
 HABER: Zur Volksschul- und Landpädagogik (u. d. T.: Der Stand der Landschulpädagogik, im April-Heft, S. 434 ff.)
 ZOLLINGER: Zur Jahrhundertfeier der Kantonsschule und der Universität Zürich (im April-Heft, S. 458 ff.)
 KRÜGER: Die staatliche Führerschulung für den Arbeitsdienst (verschoben auf Mai-Heft, S. 514 ff.)
 Weitere Beiträge liefen ein (MESTER und SOLGER), vor allem der von HEINZ BEUTLER: Die junge Generation und die pädagogische Aufgabe (April-Heft, S. 416 ff.), der FLITNER besonders willkommen sein mußte, wenn es um eine Stellungnahme zur neuen Situation

nach dem 5. März 1933 ging; siehe dazu in der Dokumentation den Brief von FLITNER an SPRANGER vom 27. 3. 1933. (Der Beitrag von BEUTLER stellt aufschlußreiche Beziehungen her zwischen der „Pädagogischen Bewegung“, der Jugendbewegung und den Lebens- und Sozialformen der „bündischen Bewegung“, der volkspädagogischen Bewegung im allgemeinen und schließlich „der“ (völkischen) „Bewegung“ – mit einer pädagogischen Pointe und keineswegs einer Apologie der NS-Bewegung!) FLITNER schob den Beitrag „Die Entwicklung der Pädagogischen Akademien“ nach (S. 447 ff.), dessen Fazit die Warnung vor einer Politisierung der Lehrerbildung darstellt (vgl. dazu unten FLITNERS Auseinandersetzung mit HANS FREYER).

- 3 „wissentlich“ verbessert aus „wissenschaftlich“.
- 4 Kopie in der Briefsammlung WILHELM FLITNER, Tübingen.
- 5 Manuskripte, die die Identifizierung der Textänderungen ermöglichen würden, sind nicht erhalten.
- 6 Das erste Heft der „Erziehung“ erschien im Oktober 1925, der 8. Jg. von Oktober 1932 bis September 1933. Im 9. Jg. (1933/34) erschienen die Beiträge von FREYER und LITT im Oktober-Heft 1933, die Erwiderung von FLITNER auf FREYER im November-Heft.
- 7 Der Nachlaß von FISCHER konnte noch nicht ausgewertet werden, in den Nachlässen von LITT und NOHL fanden sich keine Hinweise auf Anfragen von FLITNER.
- 8 1934, S. 1–12; dazu FLITNER 1934, S. 107–111.
- 9 RANG 1986 spricht von „der geisteswissenschaftlichen Pädagogik“ und ignoriert beharrlich die bereits von den Zeitgenossen und in der Forschungsliteratur bezeichneten Differenzen in den Positionen von FISCHER, FLITNER, LITT, NOHL und SPRANGER.
- 10 Siehe dazu oben Anm. 2. Der Aufsatz von HERTHA SIEMERING „Jugendführung vom Staat aus“ erschien tatsächlich erst im Juni-Heft 1933 (S. 583 ff.); übrigens mit dem Ergebnis – wie die Redaktionskorrespondenz ausweist –, daß zu diesem Zeitpunkt die Verfasserin mit ihrer Position nicht mehr einverstanden war und sich darüber beklagte, daß sie keine Änderungen bzw. Streichungen mehr hatte anbringen können. – Die Position NOHLS ist allgemein bekannt; eine direkte Äußerung von ihm in dieser Frage in der „Erziehung“ 1933 gibt es nicht.
- 11 Korrekt müßte es heißen „in den nächsten Heften“; denn der Beitrag von HAVENSTEIN (s. o. Anm. 2) erschien erst im Juni-Heft und derjenige von LITT erst im Oktober 1933 im 1. Heft des 9. Jahrgangs (1933/34), S. 12–32.
- 12 Anläßlich eines DFG-Kolloquiums über „Pädagogik und Nationalsozialismus“ 1984 in Siegen habe ich die von FLITNER in seinen „Erinnerungen“ dargestellte Version berichtet. Damals waren die Briefe noch nicht zugänglich. A. RANG, der damals weder die Briefe noch die im Manuskript vorliegenden „Erinnerungen“ kennen konnte, hat diese Version, die nach seiner Meinung auch von FLITNERS Text selber nicht gestützt würde, als „Legende“ bezeichnet (1986, S. 42). Indem ich hier auf die Quellenlage verweise – die auch besagt, daß FLITNER seinen Text nach Erhalt des SPRANGERSchen noch einmal redigiert und geändert hat! –, möchte ich keine „Legende“ widerlegen, sondern *zunächst* einmal auf den bemerkenswerten Umstand hinweisen, wie leichtfertig von RANG Wertungen abgegeben werden, für die er keine Grundlage anzugeben vermag. *Sodann* möchte ich zum Verständnis des Briefes vom 3. April 1933 von FLITNER an SPRANGER darauf hinweisen, daß in FLITNERS Briefen und Veröffentlichungen im Gedankenaustausch und in der Auseinandersetzung mit ihm Nahestehenden bzw. mit seinen Freunden sich immer wieder eine besondere rhetorische Figur findet: (1) Zustimmung im Grundsätzlichen und im großen und ganzen; (2) dann Explikation des in Rede stehenden Sachverhaltes aus *eigener* Perspektive und von einem *eigenen* Standpunkt aus; (3) Darlegung von Argumenten, die in ihren Schlußfolgerungen von denen der Bezugstexte erheblich abweichen (können), *ohne* daß eine polemische Zuspitzung gegen die Person des Verfassers des anderen Textes vorgenommen würde: die Differenz soll durch die Argumente *in der Sache* deutlich werden. So verhält es sich auch bei dem unten

herangezogenen Kommentar von FLITNER zu FREYER. – Dieses Verfahren entspricht der der Wissenschaft angemessenen Dialog- und Argumentationskultur und erlaubt gegenseitigen humanen Umgang auch mit dem Andersdenkenden.

- 13 Diese Passage ist ein Musterbeispiel dafür, wie RANG mit Collagen von Wörtern, die dem Originaltext entnommen sind, Verdrehungen und Umdeutungen vornimmt, die die Aussage des Textes verdrehen oder ins Gegenteil verkehren. Die Eingangspassage seines Aufsatzes lautet bei FLITNER (S. 408): „Der deutsche Erzieher wird in diesen Tagen, teils mitgerissen durch die vaterländische Begeisterung, teils in der Beklommenheit, die jede schicksalhafte Entscheidung erweckt, mit sich zu Räte gehen und den Ort suchen, an dem das Erziehungswerk von den Vorgängen getroffen und zu neuer Anspannung aufgerufen ist.“ Eine nähere Charakterisierung der RANGschen „Texthermeneutik“ erübrigt sich.
- 14 Nach den Bezugnahmen auf „Erfahrung“ und „Ertrag“ der Pädagogischen Bewegung (bei FLITNER S. 413, 415) und der Behauptung, FLITNER habe die Pädagogische Bewegung den Nationalsozialisten „angeboten“, springt RANG mit einem FLITNER-Zitat zum Beleg dieses in die spätere Abhandlung, in der sich FLITNER mit FREYER auseinandersetzt. Dadurch kommt auch hier an der betreffenden Stelle des FLITNERSchen Textes vom April 1933 eine – wie unten gezeigt werden wird – völlige Verfälschung der FLITNERSchen Aussage zustande: FLITNER hat den neuen Machthabern die Reformpädagogik nicht nur nicht angeboten, sondern auf ihrer Eigenständigkeit in Theorie und Praxis insistiert.
- 15 Hier ist nicht der Ort, um die Diskussion über das Prinzip der „relativen pädagogischen Autonomie“ noch einmal *in extenso* aufzurollen. Ich werde dies in einer 1988 erscheinenden Abhandlung tun und weiter unten in der vorliegenden Abhandlung anlässlich der Auseinandersetzung FLITNERS mit FREYER nur die wesentlichen Punkte hervorheben. Hier sei des Verständnisses halber angefügt, daß die „(relative) pädagogische Autonomie (Eigenständigkeit)“ der pädagogischen Praxis, der pädagogischen Fragestellung und Theoriebildung, der pädagogischen Ämter und Institutionen aus unterschiedlichen Traditionslinien gespeist wird: aus der Abgrenzung von Philosophie und Psychologie (etwa bei HERBART), von den „erziehenden Mächten“ (etwa bei SCHLEIERMACHER), als „Pädagogik vom Kinde aus“ (ROUSSEAU), von den herrschenden konservativ-monarchistischen Kräften im Wilhelminischen Kaiserreich (so bei sozialdemokratischen und sozialistischen Schulreformen vor dem Ersten Weltkrieg und bei den Entschiedenen Schulreformern programmatisch 1919/20). Gerade seit 1919 ist die reklamierte „pädagogische Autonomie“ ein pädagogisch-politisches Prinzip im Werte pluralistischen und weltanschaulich neutralen Verfassungs- und Parteienstaat. – Die resumierende Literatur zum Autonomie-Prinzip ist hinsichtlich der politischen Motive des Autonomie-Prinzips unbefriedigend; vgl. SCHIESS 1973. – Die Vertreter einer NS-„Pädagogik“ bekämpften das Autonomie-Prinzip und sahen in seiner Verneinung eines der wesentlichen Unterscheidungsmerkmale ihrer Position von derjenigen der „individualistisch-liberalistischen“ Pädagogik, die von der völkischen Bewegung endgültig „überwunden“ worden sei.
- 16 Dafür sind beispielhaft die Ansprachen des Reichspräsidenten HINDENBURG und des Reichskanzlers HITLER in der Potsdamer Garnisonkirche am „Tag von Potsdam“, abgedruckt bei HELMOLT, S. 320 f.
- 17 Brief vom 19. 10. 1933, in SPRANGER: Briefe 1901–1963, Tübingen 1978, S. 155.
- 18 Zur politischen Mentalität im Wilhelminischen Kaiserreich vgl. die autobiographischen Studien von DOERRY 1986.
- 19 Dazu die Studie von LÖFFELHOLZ 1977. Fixiert auf den Staatsbegriff der deutschen Staatsphilosophie des 19. Jahrhunderts, hatte SPRANGER wenig Verständnis und Sympathie für die parlamentarische Demokratie von Weimar, deren Umkippen in die Diktatur er schon 1932 klar vorausgesehen hat; vgl. seine Abhandlung „Recht und Grenzen des Staates in den Bildungsaufgaben der Gegenwart“ (1932), jetzt in SPRANGERS „Gesammelten Schriften“, Bd. VIII, Tübingen 1970, S. 206 ff., hier S. 217.

20 Ich unterstreiche die Formulierung „der Text *klingt weit eher . . .*“; denn daß SPRANGER sich bewußt bzw. sich direkt dem Regime angedient habe, läßt sich weder behaupten noch belegen. Aber in diesen Jahren war Opposition und Kritik auch nicht seine Sache – in seinem Harmoniestreben und in der Flucht von Konflikten eben ein echter „Wilhelminer“ (DOERRY) –, vielmehr ist SPRANGER durch das Bemühen charakterisiert, um den Preis ständiger Kompromisse und sprachlicher Kompromittierungen die eigene Position immer noch zur Geltung bringen zu wollen. Mag ihm dies *heute* vielfach den Vorwurf der geistigen Nähe zur NS-Ideologie eintragen; die Repräsentanten der NS-Pädagogik *damals* durchschauten (nicht nur) SPRANGERS Manöver und ließen sich davon in ihrer Ablehnung *nicht* beirren. Vgl. dazu unten anschließend Kap. III. sowie die abschließenden Hinweise.

Die innere Ambivalenz von SPRANGERS Haltung wird an folgendem Vorgang besonders deutlich: am 7. Mai 1933 schreibt er an FLITNER: „Heut eine sehr eilige Sache, die Sie vielleicht nötigt, den [Umbruch] des Beiheftes noch einmal umzuwerfen. Aber ich muß Sie um diesen Freundschaftsdienst bitten. Der Herr Minister RUST hat gestern in der Universität eine große Rede gehalten, die in dem Vorwurf gegen die Professoren gipfelte, sie seien nicht führend vorangegangen, sondern nur die akademische Jugend. Diesen Vorwurf möchte ich für meinen Teil aktenmäßig entkräften. Es soll geschehen, durch etwa 6 Seiten Auszüge aus meinen Reden und Schriften unter dem Titel: ‚Nachlese aus EDUARD SPRANGERS politisch-pädagogischen Schriften (1926–1932)‘“. Die Druckvorlage ist bereits an den Verlag abgegangen. Bitte überlegen Sie, ob jemand als Herausgeber zeichnen soll. Ich könnte meinen Freund und Schüler Dr. NICO WALLNER darum bitten.“ FLITNER ließ diese „Nachlese“, gezeichnet von NICO WALLNER, im Mai-Heft der „Erziehung“ erscheinen (S. 522 ff.) – kommentarlos.

21 Dazu auch HEYDORN 1972, besonders S. 31.

22 Als heutiger Leser der „Erziehung“ muß man den Eindruck haben, daß SPRANGER den fatalen Eindruck, den seine Abhandlung „März 1933“ machen mußte, mit seiner Abhandlung „Aufbruch und Umbruch“ (im Juni-Heft 1933, S. 529 ff.) zu korrigieren beabsichtigte, durch die entschiedenere Betonung der europäischen Traditionen des Humanismus, des Individualismus und der philosophischen Weltanschauungskritik; aber auch hier artikuliert sich keine eigene *pädagogische* Position.

23 FLITNERS Kritik an den Staats- und Regierungsverhältnissen in der Weimarer Republik sind nicht so zu verstehen, daß er die Gewaltenteilung im Verfassungsstaat zugunsten einer Diktatur beseitigt sehen will, sondern er kritisiert das parlamentarische System der Republik, das im Zusammenwirken von Reich und Ländern und auf Reichsebene unter den gegebenen Voraussetzungen und Umständen im Bereich der Bildungsverwaltung und der Bildungspolitik zu kontinuierlicher staatlicher Verwaltungs- und Reformtätigkeit nicht in der Lage war. So blieben zwischen 1919 und 1933 fast alle reichseinheitlichen Reformvorhaben im Bereich des Bildungs- und des Fürsorgewesens unerledigt oder in Ansätzen stecken, die die Weimarer Verfassung in Aussicht gestellt hatte und um deren Verwirklichung sich fast alle Kabinette vergeblich bemühten. – Es wäre also gänzlich abwegig, FLITNERS Ruf nach starker staatlicher Führung als Indiz für seine pro-nationalsozialistische politische Gesinnung zu interpretieren. Auch in der Bundesrepublik Deutschland muß gegen die partikularen Interessen der Länder, der Kirchen, der Verbände und Interessengruppen unter starker staatlicher Führung Bildungspolitik betrieben werden, wenn es sich um die Vergleichbarkeit der Schullaufbahnen und Schulabschlüsse, der Hochschulzugangsberechtigungen, der Zertifikate im beruflichen Ausbildungswesen usw. handelt. In diesem Sinn gibt es „Erziehungsansprüche der Nation“, weil die verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten *aller* Staatsbürger tangiert sind. – FLITNER hat übrigens seine Staats- und Regierungskritik nicht erst 1933 geäußert, sondern immer wieder seit Mitte der Zwanziger Jahre, vgl. HERRMANN 1987a.

- 24 Nicht von ungefähr haben die Zeitgenossen die Parallele gezogen zwischen den kulturpolitischen Aufgaben nach dem Untergang des alten Preußen am Beginn des 19. Jahrhunderts und nach dem Untergang des Wilhelminischen Kaiserreichs am Beginn des 20. Jahrhunderts: dem neuen Staat war jeweils nach der politischen Neugründung ein Fundament im Sinne von *Volks-* und *Kulturstaatlichkeit* nachzuliefern. Daher zum einen immer wieder die Berufung auf FICHTE und zum anderen die symbolisch gedachte Einberufung der verfassungsgebenden Nationalversammlung nach Weimar: die Ablösung Berlins als des machtpolitischen Zentrums des untergegangenen Reiches durch das kulturelle Zentrum aller Deutschen als einer Kulturation.
- 25 Vgl. dazu die weiteren Nachweise bei HERRMANN 1987b.
- 26 Der Text wurde herausgegeben vom Kirchenbüro Ottensen, Altona. Ein Exemplar befindet sich in FLITNERS privater Dokumentensammlung. Direktor KLAUS GOSSMANN vom Comenius-Institut in Münster verdanke ich den Hinweis auf die Schrift von GÜNTHER et al. 1983.
- 27 Dies ist heute nicht anders als damals: Nur die Regierung kann Jugendarbeitslosigkeit mit wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen abbauen, nicht aber das berufliche Ausbildungssystem mit *pädagogischen*. Nur Regierungen und Verwaltungen können die sächlichen und personellen Voraussetzungen für innere Schulreform schaffen, die Reformpraxis selber schafft aus sich heraus den entsprechenden finanziellen Rahmen ja nicht, wenn auch seine bessere *pädagogische* Nutzung.
- 28 Gegen eine solche „Nutzung“ und Beerbung war die Reformpädagogik naturgemäß machtlos, ebenso wie übrigens auch hinsichtlich der Übernahme ihres Vokabulars durch die Nationalsozialisten. Der Vorgang der „Beerbung“ läßt sich besonders eindrucksvoll studieren bei KARL FRIEDRICH STURM: *Deutsche Erziehung im Werden*. Osterwieck/Berlin⁴ 1938; vgl. dazu HERRMANN 1985.
- 29 Nach dem Hinweis in Anm. 12 ist Sinn und Funktion der Formulierung verständlich, mit der FLITNER seine Entgegnung einleitet: „Mit den Ausführungen FREYERS im vorigen Heft über die heutige Aufgabe der Volksbildung kann ich mich grundsätzlich einverstanden erklären, muß aber . . . einige Zusätze machen im Interesse historischer Wahrheit . . .“ (S. 107).
- 30 Nach dem Vorhergehenden ist deutlich, was FLITNER mit „Unstaatlichkeit“ meint: das Versagen bzw. Fehlen der Führungsrolle des *Kulturstaates* in der Zeit geistiger und kultureller Umbrüche und Erneuerungsbewegungen. Natürlich hat FLITNER der Weimarer Republik ihre Staatlichkeit nicht in einem *politischen* Sinne absprechen wollen.
- 31 FLITNER schreibt in seinen „Erinnerungen“ (1986, S. 266 f.): Bei der Organisationsform der Arbeitsgemeinschaft „handelte es sich um die Übertragung der Arbeitsschulmethode auf die Erwachsenenbildung; hier übernahm sie die schwierige Aufgabe, die geistige Unabhängigkeit der Lehrinstitution zu sichern. Wie in den reformpädagogischen Schulen gefordert wurde, das Kind im Lehrgespräch als erwachsen, selbst interessiert und mitdenkend ernstzunehmen, so sollte es sich in der Erwachsenenbildung darum handeln, weltanschauliche und politische Positionen der Hörer zu respektieren, ihre Erfahrung zu würdigen und sie zu offenem Aussprechen und Mitdenken anzuregen . . . In Jena strebten wir die Methode der Arbeitsgemeinschaft bei allen Fragen an, die politisch oder religiös kontrovers waren“.
- 32 Vgl. die Ausführungen über Staat, Ethik und Politik von CARL SCHMITT und HANS FREYER in den KANT-Studien 1930 sowie bei FREYER 1925, 1931 und bei SCHMITT 1932/1963. – Zu FREYER zuletzt die Kontroverse zwischen LEPSIUS (1979) und SCHELSKY (1980) und die Darstellung von KÖNIG (1984). – Einen kurzgefaßten Überblick über die europäischen Staatstheorien gibt ZIPPELIUS⁵ 1985, eine differenzierte Begriffsgeschichte SELLIN 1978.
- 33 Im Zuge der Herausgabe der „Gesammelten Schriften“ WILHELM FLITNERS (Bd. 1 ff., Paderborn 1982 ff.) wurden seine wissenschaftlichen Sammlungen und Korrespondenzen geordnet und erschlossen. An den Vorarbeiten zur Herausgabe der Briefe bzw.

Briefwechsel beteiligt sich – dank einer Finanzierung durch die FRITZ-THYSSEN-STIFTUNG und derzeit die DEUTSCHE FORSCHUNGSGEMEINSCHAFT – Frau MEIKE WERNER, Tübingen.

Quellen

(a) Ungedruckte Quellen

Korrespondenzen WILHELM FLITNER. Privatbesitz Familie FLITNER, Tübingen.
Nachlaß THEODOR LITT. Universitätsbibliothek Düsseldorf.
Nachlaß HERMAN NOHL. Handschriften-Abteilung der Niedersächsischen Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen.
Nachlaß EDUARD SPRANGER, Briefe. Bundesarchiv Koblenz.

(b) Gedruckte Quellen

„Altonaer Bekenntnis“: Das Wort und Bekenntnis Altonaer Pastoren in der Not und Verwirrung des öffentlichen Lebens. Altona, 11. Januar 1933. Wiederabgedr. in: REINHOLD GÜNTHER et al.: Das Altonaer Bekenntnis. (Nordelbischer Konvent, H. 21) Kiel (Ev. Presseverband Nord) 1983, S. 4–10.
FLITNER, W.: Die deutsche Erziehungslage nach dem 5. März 1933. In: Die Erziehung 8 (1932/33), April 1933, S. 408–416. (1933a)
FLITNER, W.: Die Entwicklung der Pädagogischen Akademien. In: Die Erziehung 8 (1932/33), April 1933, S. 447–453. (1933b)
FLITNER, W.: Rückblick und Vorblick auf die Volksbildungsarbeit. Nachschrift zu HANS FREYERS Aufsatz. In: Die Erziehung 9 (1933/34), November 1933, S. 107–111.
FLITNER, W.: Selbstdarstellung. In: PONGARTZ, LUDWIG J. (Hrsg.): Pädagogik in Selbstdarstellungen. Bd. II, Hamburg 1976, S. 146–197.
FLITNER, W.: Erinnerungen 1889–1945. (Gesammelte Schriften, Bd. 11.) Paderborn 1986.
FREYER, H.: Der Staat. Leipzig ¹1925, ²1926.
FREYER, H.: Ethische Normen und Politik. In: KANT-Studien 35 (1930), S. 99–114.
FREYER, H.: Revolution von rechts. Jena 1931.
FREYER, H.: Von der Volksbildung zur politischen Schulung. In: Die Erziehung 9 (1933/34), Oktober 1933, S. 1–12.
GOEBBELS, J.: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Berlin 1934.
GÜNTHER, R., et al.: Das Altonaer Bekenntnis. (Nordelbischer Konvent, H. 21.) Kiel 1983.
KRIECK, E.: Ein Täuschungsversuch? In: Volk im Werden 4 (1936), S. 459–461.
LEHMANN, G.: „Geisteswissenschaftliche Pädagogik“ – heute. Vier Jahre „Erziehung“. In: Weltanschauung und Schule 2 (1938), S. 233–239.
LITT, TH.: Die Stellung der Geisteswissenschaften im nationalsozialistischen Staate. In: Die Erziehung 9 (1933/34), Oktober 1933, S. 12–32.
PLESSNER, H.: Grenzen der Gemeinschaft. Kritik des radikalen Sozialismus. Bonn 1924.
SCHMITT, C.: Staatsethik und pluralistischer Staat. In: KANT-Studien 35 (1930), S. 28–42.
SCHMITT, C.: Der Begriff des Politischen. München/Leipzig ¹1932, ²1933, ⁵1938; Neudruck mit einem Vorwort und drei Corrolarien Berlin 1963.
SPRANGER, E.: März 1933. In: Die Erziehung 8 (1932/33), April 1933, S. 401–408.
SPRANGER, E.: Aufbruch und Umbruch. In: Die Erziehung 8 (1932/33), Juni 1933, S. 529–533.
SPRANGER, E.: Briefe 1901–1963. Hrsg. von HANS WALTER BÄHR. (Gesammelte Schriften, Bd. VII.) Tübingen 1978.
STURM, K. F.: Deutsche Erziehung im Werden. Osterwieck/Berlin ⁴1938.
WENIGER, E.: Die Erziehung. Eine neue pädagogische Zeitschrift. In: Neuwerk. Ein Dienst am Werdenden 8 (1926), S. 82–84.

Literatur

- BURMEISTER, J.: WILHELM FLITNER – Von der Jugendbewegung zur Volkshochschule und Lehrerbildung. (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 35). Köln/Wien 1987.
- DOERRY, M.: Übergangsmenschen. Weinheim/München 1986.
- FÜHR, CH.: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Darstellung und Quellen. Weinheim²1972.
- HELMOLT, H. F.: Hindenburg. Das Leben eines Deutschen. Karlsruhe o. J.
- HERRMANN, U.: „Völkische Erziehung ist wesentlich nichts anderes denn Bindung“. Zum Modell nationalsozialistischer Formierung. In: DERS. (Hrsg.): „Die Formung des Volksgenossen“. Der „Erziehungsstaat“ des Dritten Reiches. Weinheim/Basel 1985, S. 67–78.
- HERRMANN, U.: Nachwort zu: WILHELM FLITNER: Die Pädagogische Bewegung. (Gesammelte Schriften, Bd. 4.) Paderborn 1987, S. 523–538. (a)
- HERRMANN, U.: „Neue Erziehung“ – „Neue Menschen“ und „Neue Gesellschaft“. Pädagogische Hoffnungen und Illusionen nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland. In: DERS. (Hrsg.): „Neue Erziehung“ – „Neue Menschen“. Erziehung und Bildung zwischen Kaiserreich und Diktatur. Weinheim/Basel 1987. (b)
- HEYDORN, H.-J.: Zu einer Neufassung des Bildungsbegriffs. Frankfurt 1972.
- KÖNIG, R.: Über das vermeintliche Ende der deutschen Soziologie vor der Machtergreifung des Nationalsozialismus. In: Kölner Zs. f. Soziol. u. Sozialpsychol. 36 (1984), S. 1–42.
- KUPFFER, H.: Der Faschismus und das Menschenbild der deutschen Pädagogik. Frankfurt 1984.
- LEPSIUS, M. R.: Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1967. In: LÜSCHEN, GÜNTHER (Hrsg.): Deutsche Soziologie seit 1945. (Sonderheft 21 der Kölner Zs. f. Soziol. u. Sozialpsychol.) Opladen 1979, S. 25–70.
- LÖFFELHOLZ, M.: Philosophie, Politik und Pädagogik in Frühwerk EDUARD SPRANGERS 1900–1918. (Hamburger Studien zur Philosophie, 3.) Hamburg 1977.
- MÜLLER, S. F.: Die Höhere Schule Preußens in der Weimarer Republik. (Studien und Dokumentationen zur deutschen Bildungsgeschichte, Bd. 3.) Köln/Wien²1985.
- OTT, E. H.: Grundzüge der hermeneutisch-pragmatischen Pädagogik in Deutschland. Eine Monographie über die Zeitschrift „Die Erziehung“ von 1925 bis 1933. (Göppinger Akademische Beiträge, Nr. 41.) Göppingen 1971.
- OTT, E. H.: WILHELM FLITNER, die Gründung der Zeitschrift „Die Erziehung“ und die hermeneutisch-pragmatische Pädagogik. Anmerkungen zu zwei Dokumenten. In: Z. f. Päd. 28 (1982), S. 775–784.
- OTT, E. H.: Die pädagogische Bewegung im Spiegel der Zeitschrift „Die Erziehung“. Ein Beitrag zur Erziehungs- und Bildungspolitik der Weimarer Republik. In: Z. f. Päd. 30 (1984), S. 619–632.
- RANG, A.: Reaktionen auf den Nationalsozialismus in der Zeitschrift „Die Erziehung“ im Frühjahr 1933. In: OTTO, HANS-UWE/SÜNKER, HEINZ (Hrsg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Bielefeld 1986, S. 35–54.
- SELLIN, V.: Artikel „Politik“. In: Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 789–874.
- SCHELSKY, H.: Zur Entstehungsgeschichte der bundesdeutschen Soziologie. Ein Brief an RAINER LEPSIUS. In: Kölner Zs. f. Soziol. u. Sozialpsychol. 32 (1980), S. 417–456.
- SCHIESS, G.: Die Diskussion über die Autonomie der Pädagogik. (Pädagogische Studien, Bd. 23.) Weinheim/Basel 1973.
- ZIPPELIUS, R.: Geschichte der Staatsideen. München⁵1985.